

Beteiligungsbericht 2021 der Stadt Gladbeck

Impressum

Herausgeber: Stadt Gladbeck
Die Bürgermeisterin
Willy-Brandt-Platz 2
45964 Gladbeck

Redaktion: Amt für kommunale Finanzen

Ausgabe: August 2023

Vorwort

Die Stadt Gladbeck hat neben ihren klassischen Verwaltungstätigkeiten eine große Bandbreite von Aufgaben. Diese werden zum Teil durch Betriebe in öffentlich-rechtlicher oder privater Rechtsform wahrgenommen, an denen die Stadt beteiligt ist.

Der Beteiligungsbericht dient dazu, zusätzlich zum städtischen Jahresabschluss Auskunft über diese Beteiligungen an Unternehmen zu erteilen. Entsprechend § 117 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) enthält der Beteiligungsbericht zu den einzelnen Bereichen beispielsweise Aussagen über die Beteiligungsverhältnisse, das Jahresergebnis, eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und des Eigenkapitals sowie Aussagen zu den wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen untereinander und mit der Gemeinde. § 53 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (KomHVO) bestimmt ergänzend, dass die Ziele der Beteiligung und die Erfüllung des öffentlichen Zwecks zu erläutern sind.

Der Beteiligungsbericht 2021 entspricht dem Stand vom **31.12.2021**; soweit abweichende Geschäftsjahre gegeben sind, ist der Stand zum letzten Bilanzstichtag vor dem 31.12.2021 dargestellt. Die Angaben über die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt beziehen sich auf das jeweils angegebene Haushaltsjahr.

Hinweise:

Der Beteiligungsbericht wird jährlich erstellt. Die Vorschriften für den Beteiligungsbericht befinden sich hauptsächlich im 12. Teil der GO NRW in § 117 sowie in § 53 der KomHVO NRW. Für den Beteiligungsbericht 2021 wird jetzt das zweite Jahr in Folge das amtliche Muster nach Anlage 32 der Verwaltungsvorschrift zur GO NRW und KomHVO NRW verwendet. Hierdurch soll eine verbesserte, landesweite Vergleichbarkeit erzielt werden.

Die Betragsangaben im Beteiligungsbericht sind überwiegend in TEUR. Aus diesem Grund kann es in den Darstellungen zu Rundungsdifferenzen kommen.

Den interessierten Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Gladbeck wird der Beteiligungsbericht unter www.gladbeck.de barrierefrei zur Verfügung gestellt.

Gladbeck, im August 2023

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen	6
2	Beteiligungsbericht 2021	8
2.1	Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes	8
2.2	Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	9
3	Das Beteiligungsportfolio der Stadt Gladbeck	10
3.1	Änderungen im Beteiligungsportfolio	12
3.2	Beteiligungsstruktur	12
3.3	Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen	15
3.4	Einzeldarstellungen	17
3.4.1	Unmittelbare Beteiligungen	17
3.4.1.1	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG	18
3.4.1.2	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	31
3.4.1.3	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	39
3.4.1.4	Emscher Lippe Energie GmbH	47
3.4.1.5	GWG-Gladbecker Wohnungsgesellschaft mbH	58
3.4.1.6	Gemeinnütziger Bauverein Gladbeck eG	65
3.4.1.7	WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	70
3.4.1.8	IWG Innovationszentrum Wiesenbusch Gladbeck Besitzgesellschaft mbH	79
3.4.1.9	IWG Innovationszentrum Wiesenbusch Gladbeck Betriebsgesellschaft mbH	84
3.4.1.10	d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	90
3.4.1.11	NRW.Urban Kommunale Entwicklung GmbH	98
3.4.1.12	GAFÖG Arbeitsförderungsgesellschaft gemeinnützige GmbH	105
3.4.1.13	Zentraler Betriebshof Gladbeck	112

3.4.1.14	Gemeinsame Kommunale Datenzentrale Recklinghausen	120
3.4.1.15	Stadtsparkasse Gladbeck	127
3.4.2	Mittelbare Beteiligungen	137
3.4.2.1	ELE Verteilnetz GmbH	137
3.4.2.2	S-UBG-Sparkassen-Unternehmensbeteiligungsgesellschaft Ruhrgebiet, Em-scher-Lippe Region mbH	140
4	Organisation der Beteiligungsverwaltung	143
5	Public Corporate Governance Kodex	144
6	Erläuterungen zu den Kennzahlen	145

1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner:innen erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck

nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

2 Beteiligungsbericht 2021

2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Rat gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Rat der Stadt Gladbeck hat am 07.04.2022 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für das Jahr 2021 entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen (Vorlage 22/0191). Daher hat die Stadt Gladbeck gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Rat der Stadt Gladbeck hat am 07.09.2023 den Beteiligungsbericht 2021 beschlossen.

2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Gladbeck. Bei der Ausführung der mittelbaren Beteiligungen wurde sich auf die Darstellung der wesentlichen (durchgerechneten Beteiligungsquote von mehr als 20 %) bzw. strategisch bedeutsamen mittelbaren Beteiligungen beschränkt. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Gladbeck, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Gladbeck durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Gladbeck durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

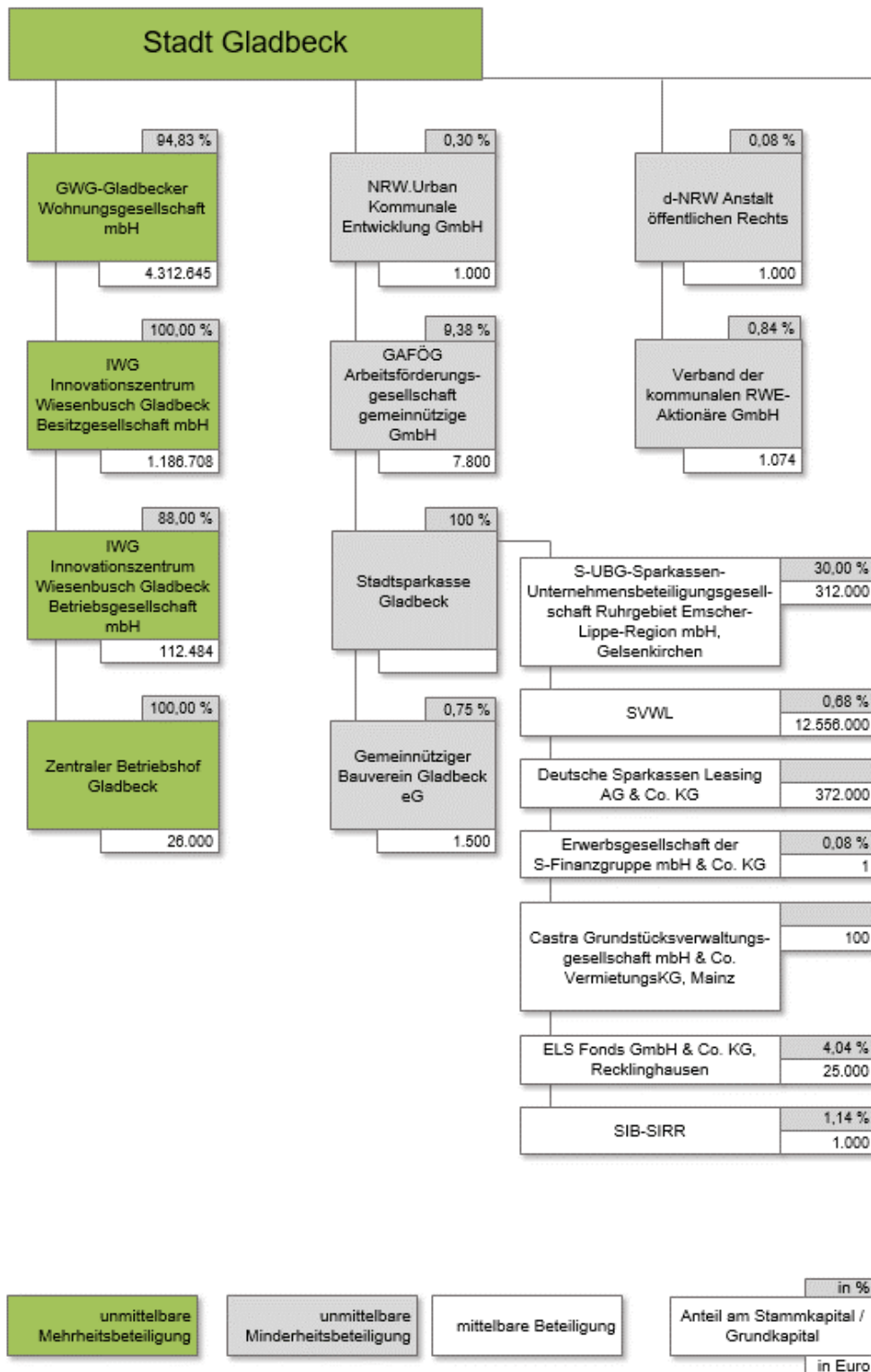
Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Gladbeck insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

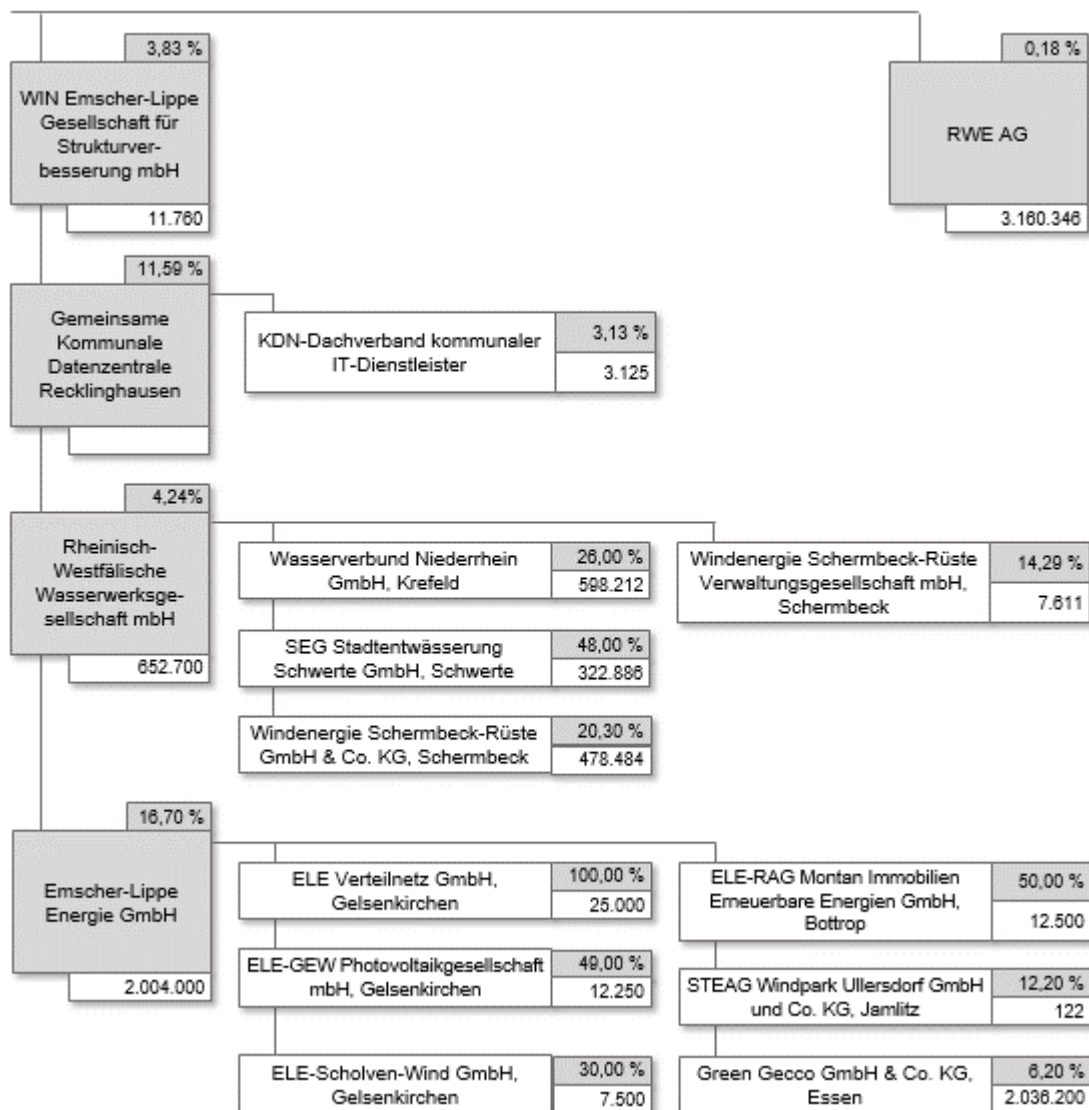
Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Gladbeck. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Gladbeck die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann die Stadt Gladbeck unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2022 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2021. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2021 (bzw. die Besetzung zum Jahresultimo) aus.

3 Das Beteiligungsportfolio der Stadt Gladbeck





In der grafischen Portfolioübersicht werden die unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Gladbeck dargestellt. Auf eine Darstellung des Anteilsbesitzes der RWE AG wird aufgrund der Vielzahl verzichtet. Eine Aufstellung kann dem Jahresabschluss der AG entnommen werden.

Im weiteren Verlauf des Berichtes erfolgt eine detaillierte Darstellung der unmittelbaren Beteiligungen. Bei der Ausführung der mittelbaren Beteiligungen wurde sich auf die Darstellung der wesentlichen (durchgerechneten Beteiligungsquote von mehr als 20 %) bzw. strategisch bedeutsamen mittelbaren Beteiligungen beschränkt.

3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Jahr 2021 hat es die folgenden Änderungen bei den unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Gladbeck gegeben:

Zugänge

Im Berichtsjahr 2021 hat es keine Zugänge gegeben.

Veränderung in Beteiligungsquoten

Veränderungen in den Beteiligungsquoten gab es bei den Beteiligungen der GKD Recklinghausen und der NRW.Urban Kommunale Entwicklung GmbH.

Die Veränderung der Quote der GKD resultiert daraus, dass als Berechnungsgrundlage die Einwohnerzahl zum 31.12. des Vorjahres maßgebend ist, welche somit sehr volatil ist.

Die Veränderung der Quote der Beteiligung mit der NRW.Urban Kommunale Entwicklung GmbH ergab sich durch eine Stammkapitalerhöhung. Die neu entstandenen Gesellschaftsanteile hat die NRW.Urban Service GmbH übernommen.

Abgänge

Im Berichtsjahr 2021 hat es keine Abgänge gegeben.

3.2 Beteiligungsstruktur

Unmittelbare Beteiligungen

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2021	Anteil der Stadt Gladbeck am Stammkapital	
		TEUR	TEUR	%
1	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG	1.731.000,0	3.160,3	0,18 %
	Jahresergebnis 2021	1.108.000,0		

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2021	Anteil der Stadt Gladbeck am Stammkapital	
		TEUR	TEUR	%
2	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	127,8	1,1	0,84 %
	Jahresergebnis 2021	-188,0		
3	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	15.382,0	652,7	4,24 %
	Jahresergebnis 2021	5.321,6		
4	Emscher Lippe Energie GmbH	12.000,0	2.004,0	16,70 %
	Jahresergebnis 2021	24.304,3		
5	GWG-Gladbecker Wohnungsgesellschaft mbH	4.547,8	4.312,6	94,83 %
	Jahresergebnis 2021	323,2		
6	Gemeinnütziger Bauverein Gladbeck eG	199,2	1,5	0,75 %
	Jahresergebnis 2021	94,3		
7	WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	306,8	11,8	3,83 %
	Jahresergebnis 2021	-566,1		
8	IWG Innovationszentrum Wiesenbusch Gladbeck Besitzgesellschaft mbH	1.186,7	1.186,7	100,00 %
	Jahresergebnis 2021	97,2		
9	IWG Innovationszentrum Wiesenbusch Gladbeck Betriebsgesellschaft mbH	127,8	112,5	88,00 %
	Jahresergebnis 2021	-79,3		
10	d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	1.281,0	1,0	0,08 %
	Jahresergebnis 2021	0,0		
11	NRW.Urban Kommunale Entwicklung GmbH	300,0	1,0	0,30 %
	Jahresergebnis 2021	6,7		
12	GAFÖG Arbeitsförderungsgesellschaft gemeinnützige GmbH	83,2	7,8	9,38 %
	Jahresergebnis 2021	-300,1		
13	Zentraler Betriebshof Gladbeck	26,0	26,0	100,00 %
	Jahresergebnis 2021	-49,1		

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2021	Anteil der Stadt Gladbeck am Stammkapital	
		TEUR	TEUR	%
14	Gemeinsame Kommunale Datenzentrale Recklinghausen	1.000,0	-	11,59 %
	Jahresergebnis 2021	1.508,7		
15	Stadtsparkasse Gladbeck	0,0	-	100,00 %
	Jahresergebnis 2021	400,8		

Die Anteilsverhältnisse der Gemeinsamen Kommunalen Datenzentrale Recklinghausen richten sich nach der jeweiligen Einwohnerzahl. Daher wird kein Anteil am Stammkapital in EUR ausgewiesen.

Das Eigenkapital der Sparkasse Gladbeck beinhaltet kein Stammkapital, sondern besteht ausschließlich aus Gewinnrücklagen und den jeweiligen Jahresgewinnen. Insofern wird in der obigen Tabelle kein Anteil am Stammkapital ausgewiesen.

Mittelbare Beteiligungen

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2021	Durchgerechneter Anteil der Stadt Gladbeck
		TEUR	%
1	ELE Verteilnetz GmbH	25,0	16,70 %
	Jahresergebnis 2021	0,0	
2	S-UBG-Sparkassen-Unternehmensbeteiligungsgesellschaft Ruhrgebiet, Emscher-Lippe Region mbH	1.040,0	30,00 %
	Jahresergebnis 2021	503,8	

3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Stadt Gladbeck erstreckt sich auf diejenigen Beteiligungen, bei denen die Gemeinde mindestens einen Anteil von 20 % hält (konsolidierungspflichtige Unternehmen).

Es werden alle monetären Beziehungen zwischen den Unternehmen dargestellt, die Grundbesitzabgaben an die Stadt als Pflichtabgaben bleiben davon unberücksichtigt.

Finanz- und Leistungsbeziehungen in TEUR	gegenüber	Stadt Gladbeck	GWG-Gladbecker Wohnungsgesellschaft mbH	Zentraler Betriebshof Gladbeck	IWG Innovationszentrum Wiesenbusch Gladbeck Besitzgesellschaft mbH	IWG Innovationszentrum Wiesenbusch Gladbeck Betriebsgesellschaft mbH
Stadt Gladbeck	Forderungen		852,6		13,4	
	Verbindlichkeiten		5.113,8		2.009,5	
	Erträge		365,0	1.499,5		
	Aufwendungen			19.282,0		79,3
GWG-Gladbecker Wohnungsgesellschaft mbH	Forderungen					
	Verbindlichkeiten	852,6				
	Erträge					
	Aufwendungen	365,0		11,9		
Zentraler Betriebshof Gladbeck	Forderungen					
	Verbindlichkeiten					
	Erträge	19.282,0	11,9			
	Aufwendungen	1.499,5				
IWG Innovationszentrum Wiesenbusch Gladbeck Besitzgesellschaft mbH	Forderungen					
	Verbindlichkeiten	13,4				
	Erträge					338,6
	Aufwendungen					
IWG Innovationszentrum Wiesenbusch Gladbeck Betriebsgesellschaft mbH	Forderungen					
	Verbindlichkeiten					
	Erträge	79,3				
	Aufwendungen				338,6	

3.4 Einzeldarstellungen

3.4.1 Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Gladbeck zum 31. Dezember 2021

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die Stadt Gladbeck einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Stadt Gladbeck mehr als 50 % der Anteile hält.
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Stadt Gladbeck mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.
- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt der Stadt Gladbeck geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliederungsvermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung der Stadt Gladbeck zum Unternehmen hergestellt werden soll. Aufgrund dessen werden diese lediglich in der Tabelle im Kapitel 3.2 nachrichtlich ausgewiesen.
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen der Stadt Gladbeck gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb der Stadt Gladbeck dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Aufgrund dessen werden diese lediglich in der Tabelle im Kapitel 3.2 nachrichtlich ausgewiesen.

3.4.1.1 Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG

Basisdaten

Anschrift	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG RWE Platz 1 45141 Essen
Rechtsform	AG
Gründungsjahr	1898
Handels-/Genossen- schaftsregister	HRB 14525 Amtsgericht Essen
Internet	www.rwe.com

Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere in der Stromerzeugung, dem Bau von Speichern und dem Handel mit Energie tätig sind.

Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der wirtschaftlichen Betätigung gem. § 107 GO NRW sind erfüllt.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Hiernach ist die RWE AG vorrangig ein Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung und der Erbringung von branchenspezifischen Dienstleistungen. Durch diese Aufgaben werden Leistungen der Daseinsvorsorge erbracht. Damit ist der öffentliche Zweck erfüllt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEUR)	Anteile in %
Institutionelle Aktionäre - USA/ Kanada	450.092,1	26,00 %
Institutionelle Aktionäre - Deutschland	394.998,0	22,82 %

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEUR)	Anteile in %
Institutionelle Aktionäre - Kontinentaleuropa ohne Deutschland	276.979,7	16,00 %
Institutionelle Aktionäre - Großbritannien/ Irland	242.357,3	14,00 %
Privataktionäre	207.734,8	12,00 %
Institutionelle Aktionäre - Sonstige Länder	138.489,9	8,00 %
Belegschaftsaktionäre	17.311,2	1,00 %
Stadt Gladbeck	3.160,3	0,18 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen beziehen sich auf die Darstellung der Daten aus dem Kapitel 3.3 (konsolidierungspflichtige Unternehmen). Eventuelle Auswirkungen auf den städtischen Haushalt werden im Kapitel Geschäftsentwicklung beschrieben.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	17.866.000	20.524.000	-2.658.000	Eigenkapital	8.359.000	7.826.000	533.000
Umlaufvermögen	20.239.000	9.276.000	10.963.000	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	2.245.000	1.996.000	249.000
				Verbindlichkeiten	27.509.000	19.979.000	7.530.000
Aktive Rechnungsabgrenzungen	8.000	1.000	7.000	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	38.113.000	29.801.000	8.312.000	Bilanzsumme	38.113.000	29.801.000	8.312.000

Die Bilanzdaten wurden in der Einheit Mio. EUR veröffentlicht. Daher kann es im Vergleich zu den Beschreibungen, die in vollen Euro dargestellt sind, zu geringen Abweichungen kommen.

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Bürgschaften wurden seitens der Stadt Gladbeck nicht eingegangen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR
1 Umsatzerlöse	31.000	25.000	6.000
2 Ergebnis aus Finanzanlagen	378.000	1.114.000	-736.000
3 Zinsergebnis	318.000	-72.000	390.000
4 Sonstige betriebliche Erträge	756.000	295.000	461.000
5 Personalaufwand	-93.000	-78.000	-15.000
6 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-562.000	-954.000	392.000
7 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	280.000	250.000	30.000
8 Ergebnis nach Steuern	1.108.000	580.000	528.000
9 Jahresüberschuss	1.108.000	580.000	528.000
10 Einstellung in andere Gewinnrücklagen	-499.000	-5.000	-494.000
11 Bilanzgewinn	609.000	575.000	34.000

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	21,9 %	26,3 %	-4,3 %
Eigenkapitalrentabilität	13,3 %	7,4 %	5,8 %
Anlagendeckungsgrad 2	118,4 %	91,5 %	26,9 %
Verschuldungsgrad	356,0 %	280,8 %	75,2 %
Umsatzrentabilität	3.574,2 %	2.320,0 %	1.254,2 %

Für die Ermittlung der Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ wird das langfristige Fremdkapital, welches sich aus den Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit einer Laufzeit größer als ein Jahr zusammensetzt, benötigt. Bei der dargestellten Kennzahl spiegelt das langfristige Fremdkapital lediglich die Verbindlichkeiten der RWE AG wider. Eine Aufteilung der Rückstellungen bzgl. ihrer Laufzeit/ Fristigkeit wird nicht veröffentlicht, daher bleiben die Daten bei der Berechnung der Kennziffer unberücksichtigt.

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 469 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 400) für das Unternehmen tätig.

Die Mitarbeiterzahl wurde dem Einzelabschluss der RWE AG entnommen. Unberücksichtigt bleiben hier die Mitarbeiter:innen des gesamten RWE-Konzerns.

Geschäftsentwicklung

Das Grundkapital der RWE AG beläuft sich auf 1.731.123.322,88 EUR und besteht aus 676.220.048 auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit 676.220.048 Stimmen. Der rechnerische Wert je Stückaktie beträgt 2,56 EUR.

Nachdem das zuletzt von der Hauptversammlung am 26. April 2018 beschlossene genehmigte Kapital im Rahmen einer im August 2020 durchgeführten Kapitalerhöhung teilweise ausgenutzt wurde, hat die Hauptversammlung vom 28. April 2021 beschlossen, die verbleibende bisherige Ermächtigung durch ein neues genehmigtes Kapital zu ersetzen. Danach ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 27. April 2026 mit Zustimmung des Aufsichtsrats, um bis zu 346.224.663,04 EUR – entsprechend ca. 20 % des derzeitigen Grundkapitals – durch Ausgabe von bis zu 135.244.009 auf den Inhaber/ die Inhaberin lautende Stückaktien gegen Bar- und / oder Sacheinlagen zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Das Bezugsrecht der aktienhabenden Personen kann in bestimmten Fällen mit Zustimmung des Aufsichtsrats ausgeschlossen werden.

Die Hauptversammlung vom 28. April 2021 hat außerdem eine bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 173.112.330,24 EUR, eingeteilt in bis zu 67.622.004 auf den Inhaber/ die Inhaberin lautende Stückaktien, beschlossen. Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien an die Inhaber:innen bzw. Gläubiger:innen von Wandel- und / oder Optionschuldverschreibungen. Dabei sind die Schuldverschreibungen gemeint, die aufgrund des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 28. April 2021 bis zum 27. April 2026 von der Gesellschaft oder einem mit ihr im Sinne der §§ 15 ff. des Aktiengesetzes verbundenen Unternehmen, an dem die Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 90 % beteiligt ist, begeben werden. Sie wird nur insoweit durchgeführt, als die Inhaber:innen bzw. Gläubiger:innen von Wandel- und / oder Optionsschuldverschreibungen von Wandlungs- und / oder Optionsrechten Gebrauch machen, bzw. Wandlungs- und / oder Optionspflichten genügt wird oder Andienungen von Aktien erfolgen und nicht andere Erfüllungsformen zur Bedienung eingesetzt werden.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. April 2018 wurde die Gesellschaft außerdem ermächtigt, bis zum 25. April 2023 Aktien der Gesellschaft im Umfang von bis zu 10 % des Grundkapitals im Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Ermächtigung oder – falls dieser Wert geringer ist – im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung zu erwerben. Am 31. Dezember 2021 befanden sich keine eigenen Aktien im Bestand.

Zum 31. Dezember 2021 wies die RWE AG eine Bilanzsumme von 38,1 Mrd. EUR aus (Vorjahr: 29,8 Mrd. EUR). Stark angestiegen sind die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen. Hauptursache dafür war, dass der Tochtergesellschaft RWE apply & Trading flüssige Mittel für die Besicherung von Commodity-Termingeschäften zur Verfügung gestellt wurden. Auch bei den Positionen „Wertpapiere und flüssige Mittel“ und „Übrige Verbindlichkeiten“ verzeichnet RWE ein deutliches Plus. Im Berichtsjahr wurde in großem Umfang Fremdkapital in Form von Bankdarlehen, Commercial Paper und grünen Anleihen aufgenommen. Die Mittel dienen u. a. der Liquiditätsvorsorge. Ein Teil davon, z. B. die Erlöse aus den Anleiheemissionen, soll für Wachstumsinvestitionen verwendet werden. Das Eigenkapital der RWE AG ist um 533 Mio. EUR auf 8.359 Mio. EUR gestiegen. Allerdings hat sich die Eigenkapitalquote wegen der erhöhten Bilanzsumme von 26,3 % auf 21,9 % verringert. Der Jahresüberschuss liegt im Geschäftsjahr 2021 bei 1.108 Mio. EUR. Gegenüber 2020 ist das ein Plus von 528 Mio. EUR.

Chancen und Risiken:

Durch die Verlagerung des Erzeugungsportfolios von fossilen hin zu regenerativen Energieträgern ist das Risiken-Chancen-Profil von RWE günstiger geworden. Mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2040 signalisiert der Konzern, dass er die Dekarbonisierung¹ der Energiewirtschaft vorantreiben will, und stärkt damit die Akzeptanz bei Politiker:innen, Kapitalgeber:innen, Kund:innen und weiteren Anspruchsgruppen. Gleichzeitig wird mit solidem Finanzmanagement dafür gesorgt, dass das Unternehmen auf sicherem Kurs bleibt. Indem die Auswirkungen von Risiken auf die Liquidität analysiert werden und eine konservative Finanzierungsstrategie verfolgt wird, wird gewährleistet, dass die Zahlungsverpflichtungen fristgerecht erfüllt werden können. Der Konzern verfügt über erhebliche flüssige Mittel und großen Fremdfinanzierungsspielraum durch das Debt-Issuance-Programm, das Commercial-Paper-Programm und die syndizierte Kreditlinie². Die Liquidität wird vorausschauend auf Basis der kurz-, mittel- und langfristigen Finanzbedarfe der Konzerngesellschaften geplant und es wird stets eine hohe Mindestliquidität vorgehalten.

Die größten Risiken werden in ungünstigen Veränderungen der politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen gesehen. Durch den Krieg in der Ukraine sind Entwicklungen denkbar, die erhebliche negative Auswirkungen für das Unternehmen haben können. Der Verlauf der Geschehnisse wird intensiv beobachtet und es wird versucht, die Risiken so weit wie möglich zu begrenzen. Erhebliche finanzielle Belastungen könnten sich auch durch eine Beschleunigung des deutschen Kohleausstiegs für RWE ergeben. Die politischen und regulatorischen Risiken werden deshalb als „hoch“ eingestuft. Im Vorjahr wurden sie noch in der Kategorie „mittel“ angesiedelt. Allerdings werden auch hier Chancen gesehen. Beispielsweise ist das

¹ Dekarbonisierung beschreibt die Abkehr vom Kohlenstoff.

² Die beiden Programme bieten dem Unternehmen Spielraum für die langfristige Fremdfinanzierung und der kurzfristigen Refinanzierung. Die syndizierte Kreditlinie wird durch ein Konsortium aus 27 internationalen Banken gewährt.

Unternehmen zuversichtlich, dass ein früherer deutscher Kohleausstieg mit verbesserten Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien und für die Schaffung klimaschonender Ersatzkapazitäten einhergehen würde. Die zusätzlichen Investitionen und der steilere Emissionsminderungspfad dürften die Akzeptanz bei Kapitalanlegenden und Kund:innen weiter erhöhen. Im Übrigen besteht die Möglichkeit, dass die Bundesregierung entgegen ersten Verlautbarungen dem Unternehmen eine faire Kompensationsregelung anbietet.

Durch die aktuelle Hausse an den Commodity-Märkten³ bieten sich in erster Linie Chancen für RWE. Sollten die Stromgroßhandelspreise weiterhin hoch bleiben, werden Erneuerbare-Energien-Anlagen, die keine fixe Vergütung erhalten, Mehrerlöse erzielen. Dies gilt auch für die konventionellen Kraftwerke, soweit die zusätzlichen Einnahmen nicht durch höhere Kosten für Brennstoffe und CO₂-Emissionsrechte aufgewogen werden. Allerdings vergrößern sich durch das hohe Strompreisniveau auch die möglichen Ergebniseinbußen bei ungeplanten Anlagenstillständen. Preisausschläge im Energiehandel können überdies dazu führen, dass die zur Besicherung von Terminkontrakten benötigten Mittel innerhalb kurzer Zeit stark ansteigen. Gleiches gilt für die Zuflüsse aus solchen Kontrakten. Damit erhöhen sich die Anforderungen an das Liquiditätsmanagement und die Risiken aus Zahlungsausfällen seitens der Vertragspartner:innen.

Von der Corona-Krise war RWE bislang nur in begrenztem Umfang betroffen, und man ist zuversichtlich, dass das so bleibt. Projektverzögerungen infolge der Pandemie sind weiterhin möglich. Das Risiko einer anhaltenden coronabedingten Wirtschaftskrise mit der Folge niedriger Strompreise und außerplanmäßiger Kraftwerksabschreibungen hat sich aber nicht materialisiert. Angesichts der jüngsten Konjunkturerholung und der Rekordpreise für Energie wird ein solches Szenario inzwischen für unwahrscheinlich gehalten.

Dank der Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherung der Finanz- und Ertragskraft und des umfassenden Risikomanagementsystems sieht sich der Konzern dazu in der Lage, die aktuell erkennbaren Risiken zu beherrschen. Zugleich werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass dies auch in der Zukunft gewährleistet werden kann. Insgesamt sind derzeit keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand der RWE AG oder des RWE-Konzerns gefährden könnten.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt:

Im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 sind die Aktien gem. § 55 Abs. 7 der Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW a.F.) mit einem Wert von 87,30 EUR/Aktie bewertet worden. Hierbei handelt es sich um einen absoluten Höchstwert.

Der Kurswert ist in den folgenden Jahren stetig gesunken. Wegen der voraussichtlich dauerhaft eingetretenen Wertminderung wurden auf die Aktien zum 31.12.2013 (Kurswert 26,61 EUR) und zum 31.12.2015 (Kurswert 11,71 EUR) in den jeweiligen Jahresabschlüssen außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. 2016 ist der Kurs geringfügig weiter gesunken (31.12.2016: 11,58 EUR); eine Abschreibung wurde wegen der geringfügigen Veränderung nicht vorgenommen.

³ Der englische Begriff Commodity steht für an Börsen gehandelte Handelsware bzw. Rohstoffe.

Der Kurswert hat sich in den Jahren 2017-2018 positiv entwickelt: 31.12.2017: 16,85 EUR; 31.12.2018: 18,36 EUR. Die Energiebranche insgesamt stand vor einer Neuaufstellung im Markt. Bei der RWE AG war eine Umstrukturierung angekündigt. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen wurde die Erholung des Kurswertes nicht als dauerhaft eingeschätzt. Aus diesem Grund ist von einer Zuschreibung bei dieser Finanzanlage abgesehen worden.

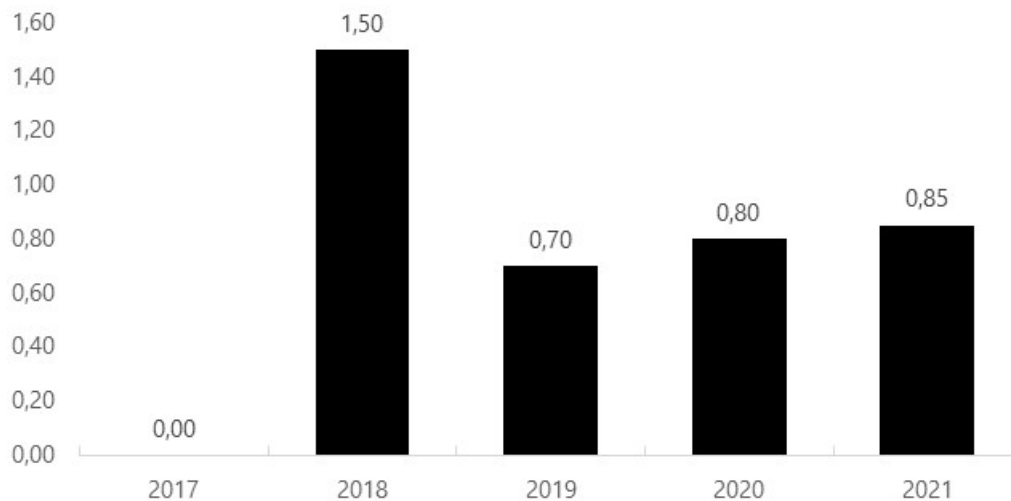
Der Kurswert der Stammaktien zum 31.12.2019 betrug 26,84 EUR. Damit ist der Kurs im Vergleich zum Stichtag des Vorjahres um 8,48 EUR/Aktie und zur letzten Wertanpassung um 15,13 EUR/Aktie gestiegen. Der Kurswert zum 31.12.2020 lag bei 34,49 EUR/Aktie. Die vom Unternehmen geplante Neuaufstellung am Markt ist vollzogen. Durch die ab 2017 stetig gestiegenen Kurse, ist die Erholung des Kurswertes als dauerhaft zu betrachten. Damit ist zum 31.12.2019 eine erfolgsneutrale Wertaufholung für 1.073.635 Aktien auf einen Buchwert von 29 Mio. EUR vorgenommen worden. Für die an die RW Holding AG übertragenen Aktien (160.875 Stück) wurde bis zu den Anschaffungskosten zugeschrieben (Kurs von 19,815 EUR/Aktie).

Der Aktienkurs zum 31.12.2021 beträgt 35,26 EUR/Aktie. Innerhalb des Jahres 2021 hatte der Aktienkurs eine Schwankungsbreite zwischen dem Jahrestief von 28,81 Euro und dem Jahreshoch von 38,59 EUR. Trotz der Corona-Einbrüche im Frühjahr 2020 und Jahresanfang 2021 kann man hier von einer andauernden Wertaufholung sprechen. Selbst das Jahrestief von 28,81 EUR lag über dem Resultimowert von 2019. Somit kann man davon ausgehen, dass die Wertaufholung auf den Kurs von 35,26 EUR zum 31.12.2021 nachhaltig ist. Eine Zuschreibung ist für 1.073.635 Aktien möglich. Daraus ergibt sich eine Wertaufholung in Höhe von 9.040.006,70 EUR. Der neue Bilanzwert der RWE-Aktien beläuft sich dann auf rd. 41,0 Mio. EUR.

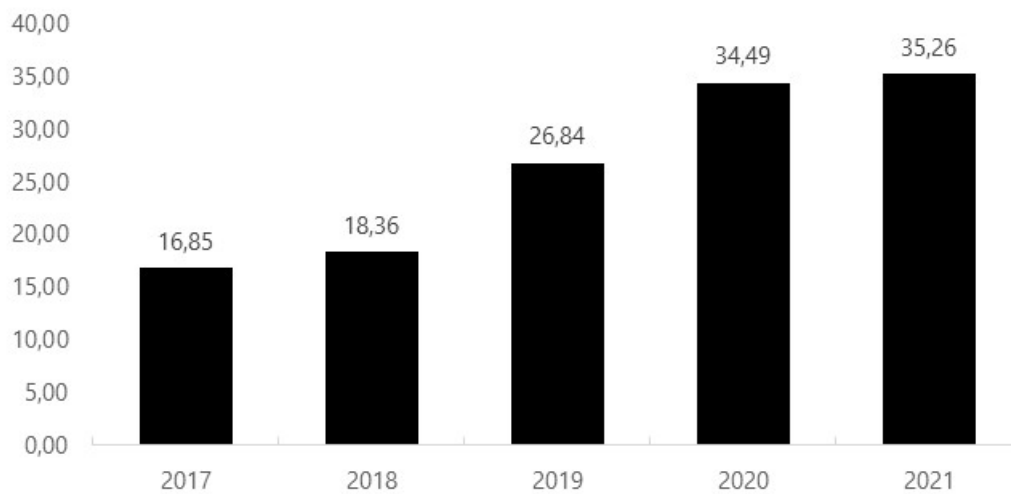
Die Stadt Gladbeck hatte an den Dividendenausschüttungen folgenden Anteil (in TEUR):

Haushaltsjahr	2017	2018	2019	2020	2021
Bruttodividende	0	1.852	864	988	1.049
Steuerbelastung	0	-488	-228	-260	-277
Nettodividende	0	1.363	636	727	773

In der folgenden Grafik wird die Dividendenausschüttung auf Stückaktien in EUR der letzten fünf Jahre dargestellt:



Die Grafik stellt den Börsenkurs der Stammaktien zum Ende eines Geschäftsjahres in EUR dar:



Die Geschäftsanteile sind als gewillkürtes Betriebsvermögen Bestandteil des Betriebes gewerblicher Art „Bäder“. Die Dividende der RWE AG wird mit dem steuerlichen Verlust aus dem Betrieb der Gladbecker Schwimmbäder verrechnet. Dies führt bei der Stadt zu einer Senkung der Ertragssteuerlast.

Organe und deren Zusammensetzung

Vorstand		
Krebber, Markus Dr.	Vorsitzende*r	ab 01.05.2021
Schmitz, Rolf Martin Dr.	Vorsitzende*r	bis 30.04.2021
Krebber, Markus Dr.	Mitglied	bis 30.04.2021
Müller, Michael Dr.	Mitglied	
Seeger, Zvezdana	Mitglied	

Aufsichtsrat		
Brandt, Werner Dr.	Vorsitzende*r	
Bsirske, Frank	Stellvertretende*r Vorsitzende*r	bis 15.09.2021
Sikorski, Ralf	Stellvertretende*r Vorsitzende*r	ab 21.09.2021
Bochinsky, Michael	Mitglied	
Bossemeyer, Sandra	Mitglied	
Bröker, Martin	Mitglied	bis 15.09.2021
Bünting, Hans Friedrich Dr.	Mitglied	ab 28.04.2021

Aufsichtsrat		
Dubbert, Anja	Mitglied	bis 15.09.2021
Dürbaum, Matthias	Mitglied	
Gerbaulet, Ute	Mitglied	
Keitel, Hans-Peter Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h.	Mitglied	
Kircher, Monika Mag. Dr. h. c.	Mitglied	
Kufen, Thomas	Mitglied	ab 18.10.2021
Louis, Harald	Mitglied	
Mühlenfeld, Dagmar	Mitglied	bis 28.04.2021
Ottmann, Peter	Mitglied	bis 28.04.2021
Paasch, Dagmar	Mitglied	ab 15.09.2021
Schartz, Günther	Mitglied	bis 30.09.2021
Schipporeit, Erhard Dr.	Mitglied	
Schuhmacher, Dirk	Mitglied	ab 15.09.2021
Schüssel, Wolfgang Dr.	Mitglied	bis 28.04.2021
Sierau, Ullrich	Mitglied	

Aufsichtsrat		
Sikorski, Ralf	Mitglied	bis 20.09.2021
Stars, Hauke	Mitglied	ab 28.04.2021
Valentin, Helle	Mitglied	ab 28.04.2021
Wagner, Andreas Dr.	Mitglied	ab 15.09.2021
Weckes, Marion	Mitglied	
Zubrowski, Leonhard	Mitglied	bis 15.09.2021
van Limbeck, Reiner	Mitglied	ab 15.09.2021

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 20 Mitgliedern 7 Frauen an (Frauenanteil: 35,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür

Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan wird nicht geführt.

3.4.1.2 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

Basisdaten

Anschrift	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH Rüttenscheider Straße 62 45130 Essen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1929: Gründung der "Kommunalen Aufnahmegruppe für Aktien GmbH"/ 1992: Änderung der Firmierung in "Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH"
Handels-/Genossenschaftsregister	HRB 322 Amtsgericht Essen
Internet	www.vka-rwe.de

Zweck der Beteiligung

Ziel des Unternehmens ist die Bildung und Vertretung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter:innen in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen nach innen und nach außen sowie die Unterstützung und Beratung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung der Daseinsvorsorge.

Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der wirtschaftlichen Betätigung gem. § 107 GO NRW sind erfüllt.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (Gesellschaftszweck). Der Vka nimmt Aufgaben der Interessensvertretung und -koordinierung sowie der Beratung auf dem Gebiet der Ver- und Entsorgung als Leistungen der Daseinsvorsorge wahr. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung des Vka wird der öffentliche Zweck erfüllt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEUR)	Anteile in %
Städte und Gemeinden (22 Gesellschafter)	41,9	32,81 %
Selbst gehaltene Geschäftsanteile (VKA GmbH)	39,0	30,50 %
Kreise (24 Gesellschafter)	21,4	16,77 %
Kommunale Verbände (3 Gesellschafter)	12,4	9,66 %
Weitere Gesellschafter (14 Gesellschafter)	12,0	9,42 %
Stadt Gladbeck	1,1	0,84 %

Der Bilanzstichtag der Gesellschaft ist der 30.06. eines jeweiligen Jahres. Auf Grund des abweichenden Stichtages bezieht sich die Aufstellung der Gesellschafter:innen auf den Stichtag 30.06.2021.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

S. Ziffer 3.4.1.1, Kapitel Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	102	146	-45	Eigenkapital	104	119	-15
Umlaufvermögen	87	122	-35	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	10	10	1
				Verbindlichkeiten	76	141	-65
Aktive Rechnungsabgrenzungen	3	2	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	191	270	-79	Bilanzsumme	191	270	-79

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Bürgschaften wurden seitens der Stadt Gladbeck nicht eingegangen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR
1 Sonstige betriebliche Erträge	81	41	40
2 Personalaufwand	-223	-222	-1
3 Abschreibungen auf Sachanlagen	-0	-0	0
4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-58	-60	2
5 Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	13	18	-6
6 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	-0
7 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-0	0
8 Ergebnis nach Steuern	-188	-224	36
9 Jahresfehlbetrag	-188	-224	36
10 Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-2.670	-2.446	-224
11 Entnahmen aus der Kapitalrücklage	2.288	0	2.288
12 Entnahmen aus Gewinnrücklagen	400	0	400
13 Bilanzverlust	-170	-2.670	2.500

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	54,6 %	44,0 %	10,6 %
Eigenkapitalrentabilität	-180,1 %	-188,3 %	8,2 %
Anlagendeckungsgrad 2	102,8 %	81,4 %	21,4 %
Verschuldungsgrad	83,0 %	127,3 %	-44,3 %
Umsatzrentabilität	k.A.	k.A.	k.A.

Personalbestand

Zum 30. Juni 2021 waren 5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 6) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Das Geschäftsjahr verlief vom 01.07.2020 bis zum 30.06.2021:

Die wesentlichen Veränderungen der Vermögenslage der Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahresstichtag betreffen die Finanzanlagen und das Guthaben bei Kreditinstituten. Die Finanzanlagen auf der Aktivseite verringerten sich durch die zur Liquiditätssicherung notwendigen Aktienverkäufe von 145 TEUR auf 101 TEUR. Bei den Guthaben bei Kreditinstituten sind in den ausgewiesenen 78 TEUR bereits für das Geschäftsjahr 2021/2022 angeforderte Vorschüsse der Gesellschafter von 43 TEUR (Vorjahr 135 TEUR) und Erlöse aus dem Verkauf von Geschäftsanteilen in Höhe von 28 TEUR enthalten. Die frühzeitige Anforderung der Vorschüsse für das neue Geschäftsjahr erfolgte zur Sicherung der Liquidität. Insgesamt führte dieses zu einer Verringerung der sonstigen Verbindlichkeiten um 65 TEUR auf 76 TEUR bei gleichzeitiger Verminderung des Eigenkapitals um 15 TEUR auf 104 TEUR auf der Passivseite.

Wesentlicher Vermögensgegenstand sind die von der Gesellschaft gehaltenen 1.300 Allianz-Aktien sowie 500 E.ON SE Aktien. Diese wurden erworben, um auch nach der Neustrukturierung von RWE und E.ON die kommunalen Interessen vertreten zu können. Der Buchwert dieser im Finanzanlagevermögen erfassten Wertpapiere des Anlagevermögens ist zum 30.06.2021 mit 101 TEUR in der Bilanz ausgewiesen.

Das Eigenkapital beläuft sich zum 30. Juni 2021 auf 104 TEUR (30. Juni 2020: 119 TEUR). Es wurde durch Vorschüsse/ Nachschüsse der Gesellschafter:innen i. H. v. 186 TEUR (Einstellung in die Kapitalrücklage) gestärkt und entspricht 54,6 % (30. Juni 2020: 44,0 %) der Bilanzsumme. Aus der Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2020/2021 ein Jahresfehlbetrag von 188 TEUR, der das Eigenkapital in der Differenz entsprechend gemindert hat. Im Geschäftsjahr 2020/21 wurden weitere eigene Geschäftsanteile in Höhe von insgesamt 12 TEUR von Gesellschafter:innen zurückerworben. Der Rückerwerb erfolgte zu Nominalwerten der Anteile. Durch den anschließenden Verkauf der selbst gehaltenen Geschäftsanteile in Höhe von insgesamt 39 TEUR konnte ein langwieriges und kompliziertes Verschmelzungsverfahren vermieden werden. Basierend auf dem Beschluss der Gesellschafter:innen vom 24.11.2020 wurden der zum 30. Juni 2020 vorhandenen Kapital – bzw. Ausgleichsrücklage 2.288 TEUR bzw. 400 TEUR entnommen.

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr durch den Verkauf von 600 Allianz-Aktien verbessert. Der in diesem Zusammenhang realisierte Buchgewinn von rd. 81 TEUR trug dazu bei, dass sich der Jahresfehlbetrag im Vergleich zum Vorjahr um 36 TEUR auf 188 TEUR verringert hat.

Chancen und Risiken:

Grundsätzlich wird der Fortbestand der Gesellschaft auch in Zukunft davon abhängen, dass der Bestand an Gesellschafter:innen weitgehend erhalten bleibt und die Finanzierung der Gesellschaft auch zukünftig durch die Gesellschafter:innen erfolgt.

In 2021 hat die RWE AG eine Dividende für 2020 in Höhe von 0,85 EUR pro Aktie gezahlt (für 2019 je Aktie 0,80 EUR). In Zukunft soll sich die RWE-Dividende entsprechend dem Ergebniswachstum entwickeln.

Obwohl der Gründungsgedanke der Anteilseigner des Vka unverändert die gemeinsame und gebündelte Interessenvertretung ist, kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch weiterhin Gesellschafter:innen ihre RWE-Aktien verkaufen und aus dem Vka ausscheiden. Die Geschäftsführung stuft diese Entwicklung als ein latentes Risiko ein.

In der zum 01.07.2021 erfolgten Zusammenführung der beiden Vka-Verbände wird – neben einer angestrebten auskömmlichen Finanzierung des Vka – aber auch die Chance gesehen, dass mit den von den 78 Gesellschafter:innen gehaltenen RWE-Aktien von rd. 15 % am RWE-Konzern eine stärkere Interessenwahrnehmung gegenüber RWE erfolgen kann. Dieses erst recht vor dem Hintergrund der erfolgten Auflösung der RW Holding AG. Die Geschäftsführung möchte dabei auch weiterhin den Weg des offenen Dialogs fortsetzen und ihre Verbandsarbeit weiter stärken. Über regelmäßige Meetings, Veranstaltungen sowie über Rundschreiben werden die Gesellschafter:innen kontinuierlich über alle wichtigen Diskussionsergebnisse mit Vertretern des RWE-Konzerns informiert.

Weitere positive Aspekte und damit Chancen werden in der Neuaufstellung von RWE und E.ON gesehen. Nach wie vor sind die Kommunen größter Aktionär bei RWE und begleiten somit einen großen Teil der Energiewende. Aufgrund des Übergangs des Netzgeschäftes auf den E.ON Konzern sind die Kommunen in Zukunft Partner dieses neu aufgestellten Unternehmens. Um hier die Interessen der Gesellschafter:innen wirksam zu vertreten, sind frühzeitig Gespräche mit den Verantwortlichen von E.ON aufgenommen und damit die wichtige Rolle der Kommunen in der Energieversorgung noch einmal verdeutlicht worden. Ziel ist, ähnliche Partnerschaftsstrukturen wie bei RWE bzw. der früheren innogy einzurichten. Durch die Gespräche ist es gelungen, ähnlich wie bei der RWE AG auch im E.ON Konzern eine Beratungsstruktur aufzubauen, die es ermöglicht, die kommunalen Interessen auch bei E.ON SE zu verfolgen.

Weitere wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen könnten, werden von der Geschäftsführung gegenwärtig nicht gesehen. Bestandsgefährdende Risiken liegen derzeit nicht vor.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt:

Wegen der bestehenden vertraglichen Verpflichtungen des am 01. Juli beginnenden Geschäftsjahres ist der Vka angewiesen, rechtzeitig Vorauszahlungen auf die zu leistenden Nachschüsse (Ziff. 15 Gesellschaftsvertrag) zu erhalten. Am 15.06.2021 hat der Vka in der Geschäfts-

stelle den am 27.04.2021 beschlossenen Verkauf der vom Vka selbst gehaltenen Geschäftsanteile an Gesellschafter:innen der Vka Westfalen GmbH notariell vollzogen. Damit hält der Vka ab dem 01.07.2021 keine Geschäftsanteile mehr selbst.

Für das Geschäftsjahr 2021/2022 können damit die am 27.04.2021 beschlossenen Regelungen umgesetzt werden. Die Alt-Gesellschafter:innen haben einen gemeinsamen Vorschuss in Höhe von 120 TEUR zu leisten. Die Aufteilung auf die einzelnen Gesellschafter:innen erfolgt entsprechend dem jeweiligen Geschäftsanteil. Für die Stadt Gladbeck ergibt sich für das Haushaltsjahr 2021 ein Betrag von 2 TEUR.

Haushaltsjahr	2017	2018	2019	2020	2021
Vorschuss auf Kapitalrücklage	-3	-2	-2	-2	-2

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Gerlach, Ernst	Geschäftsführer*in	bis 30.06.2021
Mager, Udo	Geschäftsführer*in	ab 01.07.2021
Ottmann, Peter	Geschäftsführer*in	

Vertretung		
Berndmeyer, Günter	Prokurist*in	
Bloch-Fancello, Gabriele	Prokurist*in	

Verwaltungsrat		
Schartz, Günther	Vorsitzende*r	

Verwaltungsrat		
Tischler, Bernd	1. Stellvertretende*r Vorsitzende*r	
Adenauer, Sven-Georg	2. Stellvertretende*r Vorsitzende*r	bis 27.04.2021
Breuer, Michael	Mitglied	
Gäng, Thomas	Mitglied	
Hendele, Thomas	Mitglied	
Klieve, Lars Martin	Mitglied	
Mast-Weisz, Burkhard	Mitglied	
Pföhler, Jürgen Dr.	Mitglied	
Spelthahn, Wolfgang	Mitglied	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 9 Mitgliedern keine Frauen an (Frauenanteil: 0,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Die Beteiligung ist aufgrund der Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Aufstellung eines Gleichstellungsplanes nach § 5 Abs. 1 LGG befreit.

3.4.1.3 RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH

Basisdaten

Anschrift	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH Am Schloß Broich 1-3 45479 Mülheim a. d. Ruhr
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1912
Handels-/Genossen- schaftsregister	HRB 14235 Amtsgericht Duisburg
Internet	www.rww.de

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung wassertechnischer und wasserwirtschaftlicher Aufgaben und Dienstleistungen auf dem Wasser- und Abwassersektor. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die geeignet erscheinen, den Gegenstand des Unternehmens zu fördern. Die Gesellschaft ist so zu führen, dass die geltenden Gesetze, insbesondere die Vorschriften der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen beachtet werden.

Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der wirtschaftlichen Betätigung gem. § 107 GO NRW sind erfüllt.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (Gesellschaftszweck). Hiernach ist die RWW ein Unternehmen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Durch diese Aufgaben werden Leistungen der Daseinsvorsorge erbracht. Damit ist der öffentliche Zweck erfüllt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEUR)	Anteile in %
Westenergie Aqua GmbH	12.272,5	79,78 %
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	1.538,2	10,00 %
Stadt Bottrop	862,9	5,61 %
Stadt Gladbeck	652,7	4,24 %
Kreis Recklinghausen	55,2	0,36 %
Stadt Oberhausen	0,6	0,00 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

S. Ziffer 3.4.1.1, Kapitel Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	125.443	126.324	-881	Eigenkapital	74.860	76.538	-1.678
Umlaufvermögen	80.732	75.433	5.299	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	118.156	109.456	8.700
				Verbindlichkeiten	7.752	9.398	-1.646
Aktive Rechnungsabgrenzungen	658	40	619	Passive Rechnungsabgrenzungen	17	20	-3
Bilanzsumme	206.834	201.797	5.037	Bilanzsumme	206.834	201.797	5.037

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Bürgschaften wurden seitens der Stadt Gladbeck nicht eingegangen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR
1 Umsatzerlöse	123.554	125.131	-1.578
2 Andere aktivierte Eigenleistungen	339	490	-150
3 Erträge aus Beteiligungen	261	280	-19
4 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	25	-25
5 Sonstige betriebliche Erträge	2.567	914	1.653
6 Materialaufwand	-32.668	-36.538	3.870
7 Personalaufwand	-36.391	-34.771	-1.620
8 Abschreibungen	-7.917	-7.772	-144
9 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-27.796	-27.932	136
10 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-9.863	-11.076	1.213
11 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-6.765	-3.760	-3.005
12 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	5.322	4.991	330

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	36,2 %	37,9 %	-1,7 %
Eigenkapitalrentabilität	7,1 %	6,5 %	0,6 %
Anlagendeckungsgrad 2	143,3 %	134,5 %	8,8 %
Verschuldungsgrad	168,2 %	155,3 %	12,9 %
Umsatzrentabilität	4,3 %	4,0 %	0,3 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 432 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 438) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Der Anstieg des Jahresergebnisses um 0,3 Mio. EUR auf 5,3 Mio. EUR ergibt sich im Wesentlichen aufgrund nachfolgender Sachverhalte:

Ergebnismindernd wirkten sich aus:

- Umsatzerlöse, einschließlich aktivierter Eigenleistungen (-1,7 Mio. EUR)
- Personalaufwendungen (+1,7 Mio. EUR)
- Abschreibungen (+0,1 Mio. EUR) sowie
- Steuern vom Einkommen und Ertrag (+3,0 Mio. EUR)

Ergebnissteigernd wirkten sich aus:

- sonstige betriebliche Erträge (+1,7 Mio. EUR)
- Materialaufwendungen (-3,9 Mio. EUR)
- sonstige betriebliche Aufwendungen (-0,1 Mio. EUR) sowie
- Zinsaufwendungen (-1,2 Mio. EUR)

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beinhalten erhaltene Anzahlungen in Höhe von 230 TEUR (Vorjahr: 209 TEUR). Gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden am Bilanzstichtag Verbindlichkeiten aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr in Höhe von 3.403 TEUR (Vorjahr: 2.356 TEUR). Sämtliche Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit, die kleiner ist als ein Jahr. Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen abgegrenzte Personalaufwendungen, Verbindlichkeiten gegenüber dem Pensionssicherungsverein sowie aus Standrohrkautionen.

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 5,0 Mio. EUR auf 206,8 Mio. EUR. Auf der Aktivseite ist dies im Wesentlichen bedingt durch die um 7,0 Mio. EUR erhöhten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, bei gleichzeitigem Rückgang der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen um 2,0 Mio. EUR. Auf der Passivseite sind vor allem erhöhte Rückstellungen (+8,7 Mio. EUR) und ein rückläufiges Eigenkapital (-1,6 Mio. EUR) hierfür verantwortlich.

Das Eigenkapital des Berichtsjahres minderte sich um 1,6 Mio. EUR auf 74,9 Mio. EUR im Wesentlichen bedingt durch die ausschüttungsbedingte Reduzierung der Gewinnrücklagen.

Chancen und Risiken:

RWW ist vollständig in das Risikomanagement der Westenergie AG eingebunden. Die Risikomanagementprozesse der Gesellschaft sind daher auf die Vorgehensweisen und Berichtsstrukturen der Führungsgesellschaft Westenergie abgestellt. Innerhalb der RWW ist ein Risikomanagement-Ausschuss implementiert, der sich aus Vertreter:innen der wesentlichen Bereiche der Gesellschaft zusammensetzt. So ist sichergestellt, dass alle Risikokategorien berücksichtigt

und bewertet werden können. Alle identifizierten Risiken, unabhängig von deren Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikohöhe, werden zwecks transparenter Dokumentation und Risiko-Steuerung in einem Katalog zusammengestellt.

Um im Spannungsfeld zwischen Verlustrisiken und Gewinnchancen weiterhin erfolgreich zu sein, ist die Wahrnehmung unternehmerischer Chancen wichtiger Bestandteil der strategischen Ausrichtung. Ein Ziel besteht in der systematischen und dauerhaften Verbesserung von Arbeitsabläufen und Prozessen.

Die RWW ist grundsätzlich vor allem folgenden Risiken ausgesetzt:

Marktrisiken: Preisrisiken sowie Risiken und Chancen aus dem Verlust bzw. Gewinn von Konzessionsverträgen begegnet RWW unter anderem durch eine aktive Vertriebspolitik, eine weitgehend absatzorientierte Beschaffung sowie ein effektives Kostenmanagement.

Betriebsrisiken: Betriebsrisiken, auch als operative Risiken bezeichnet, umfassen negative Effekte aus der spezifischen Geschäftstätigkeit. Durch die systematische Wartung von Leitungen und Anlagen sowie die kontinuierliche Optimierung entsprechender Prozesse werden Störungen vorgebeugt. Dies ist die Basis für eine hohe Versorgungssicherheit.

Finanzrisiken: Im Rahmen des unternehmerischen Handelns können auch Risiken und Chancen aus Kredit-, Zins- und Preisänderungen entstehen. Als Ursachen werden die Zinsentwicklung, die Geld-, Finanz- und Lohnpolitik genannt. RWW trägt diesen Risiken mit einer konservativen Anlagestrategie Rechnung. RWW hat zur Finanzierung der Pensionsrückstellungen eine Vereinbarung zur Übertragung von Vermögen zur treuhänderischen Verwaltung und zur Sicherung abgeschlossen (CTA). Der Schwerpunkt der strategischen Kapitalanlage liegt auf in- und ausländischen Staatsanleihen. Aktien haben im Portfolio ein geringeres Gewicht als Rentenscheine. Es bestehen dennoch kurzfristig kapitalmarktübliche Chancen und Risiken, die sich unmittelbar in der Gewinn- und Verlustrechnung von RWW niederschlagen können.

Da Kund:innen ihren Zahlungsverpflichtungen unter Umständen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen, sind mit dem Vertriebsgeschäft grundsätzlich Risiken verbunden. Mit Wirkung zum 01.11.2020 / 01.01.2021 hat die RWW die Leistungen „Kundenservice“ an die rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft, Köln, vergeben. Zu den von RWW übertragenen Tätigkeiten zählen im Besonderen die zentrale Kundenbetreuung, Abrechnung und Debitorenmanagement, Forderungsmanagement und Inkassoleistungen sowie das Management von Beschwerden aller Art. Die kritische Prüfung des Risikoportfolios lässt die Feststellung zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine wesentlichen Risiken mit aktuellem Handlungsbedarf oder „zur Beobachtungsliste“ bestanden haben und nach gegenwärtigem Kenntnisstand auch für das Geschäftsjahr 2022 nicht erkennbar sind. Sämtliche zuvor erläuterten Risiken sind der Kategorie „Überwachen“ zuzuordnen.

Das Corona-Virus hatte keine negativen wirtschaftlichen Auswirkungen im Geschäftsjahr 2021. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass dies auch zukünftig nicht der Fall sein wird.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt:

Die RWW-Geschäftsanteile sind im Betrieb gewerblicher Art „Bäder“ eingelegt. Die Dividende der RWW wird mit dem steuerlichen Verlust aus dem Betrieb der Gladbecker Schwimmbäder verrechnet. Dies führt bei der Stadt zu einer Senkung der Ertragssteuerlast.

Nach § 9 des Garantie- und Konsortialvertrages vom 29.04.2002 steht die Westenergie Aqua GmbH gegenüber den kommunalen Gesellschaftern dafür ein, dass die RWW eine Mindestrendite ausschüttet. Der Stadt Gladbeck wird entsprechend ihrem Anteil am gezeichneten Kapital eine Mindestausschüttung (brutto) in Höhe von 242 TEUR garantiert. Soweit die RWW nicht Gewinne in der garantierten Höhe feststellt und ausschüttet, hat die Westenergie Aqua GmbH die Differenzbeträge an die kommunalen Gesellschafter zu zahlen.

Im Jahr 2021 hat die Stadt Gladbeck eine Bruttodividende in Höhe von 297 TEUR erhalten.

Haushaltsjahr	2017	2018	2019	2020	2021
Bruttodividende	297	297	297	297	297
Steuerbelastung	-78	-78	-78	-78	-78
Nettodividende	219	219	219	219	219

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Schulte, Franz-Josef Dr.	Geschäftsführer*in	

Aufsichtsrat		
Küppers, Stefan Dr.	Vorsitzende*r	ab 11.08.2021
Reiche, Katherina	Vorsitzende*r	bis 10.08.2021
Buchholz, Marc	Stellvertretende*r Vorsitzende*r	

Aufsichtsrat		
Hirschfelder, Hermann	Stellvertretende*r Vorsitzende*r	
Brockmann, Bernd	Mitglied	
Bunte, Thorsten	Mitglied	
Diddens, Diddo	Mitglied	ab 01.01.2021
Fritzen, Wolfgang Dr.	Mitglied	
Henrichs, Oliver	Mitglied	ab 01.10.2021
Heß, Harald	Mitglied	von 01.01.2021 bis 30.09.2021
Püll, Markus	Mitglied	
Trapka, Alexander	Mitglied	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern keine Frauen an (Frauenanteil: 0,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan wird nicht geführt.

3.4.1.4 Emscher Lippe Energie GmbH

Basisdaten

Anschrift	Emscher Lippe Energie GmbH Ebertstraße 30 45879 Gelsenkirchen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1999
Handels-/Genossen- schaftsregister	HRB 2517 Amtsgericht Gelsenkirchen
Internet	www.ele.de

Zweck der Beteiligung

Gegenstände des Unternehmens sind:

- Die Erzeugung und die Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wärme,
- Die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb entsprechender Anlagen,
- Die Erbringung von beratenden Ingenieur- und Consultingleistungen im unmittelbaren Zusammenhang mit der Energieversorgung und -erzeugung,
- Die Erbringung von Betriebsführungs- und Geschäftsbesorgungsleistungen gegenüber den Unternehmen und Einrichtungen der kommunalen Gesellschafter.

Zudem ist die Gesellschaft befugt, Telekommunikationsdienstleistungen zu erbringen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen befugt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar gefördert wird. Die Gesellschaft verfolgt das Ziel einer möglichst ressourcenschonenden, klimaverträglichen, risikoarmen und volkswirtschaftlich preiswürdigen Bereitstellung von Energiedienstleistungen im Sinne einer „Integrierten Ressourcenplanung“.

Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der wirtschaftlichen Betätigung gem. § 107 GO NRW sind erfüllt.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (Gesellschaftszweck). Hiernach ist die ELE ein Unternehmen der Erzeugung und Versorgung mit

Elektrizität, Gas und Wärme. Durch diese Leistungen werden Aufgaben der Daseinsvorsorge erbracht. Dadurch wird der öffentliche Zweck erfüllt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEUR)	Anteile in %
Westenergie AG	5.988,0	49,90 %
Stadt Gladbeck	2.004,0	16,70 %
Stadt Bottrop	2.004,0	16,70 %
Stadtwerke Gelsenkirchen GmbH	2.004,0	16,70 %

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEUR)	Anteile in %
ELE Verteilnetz GmbH	25,0	100,00 %

Die weiteren Beteiligungen der ELE GmbH sind dem Kapitel 3 „Das Beteiligungsportfolio der Stadt Gladbeck“ zu entnehmen.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

S. Ziffer 3.4.1.1, Kapitel Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	116.043	106.704	9.340	Eigenkapital	51.363	51.059	304
Umlaufvermögen	37.499	32.211	5.288	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	52.177	42.223	9.954
				Verbindlichkeiten	39.869	38.846	1.023
Aktive Rechnungsabgrenzungen	21.732	21.980	-248	Passive Rechnungsabgrenzungen	33.798	31.732	2.066
Bilanzsumme	177.206	163.860	13.347	Bilanzsumme	177.206	163.860	13.347

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Bürgschaften wurden seitens der Stadt Gladbeck nicht eingegangen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR
1 Umsatzerlöse	375.325	357.594	17.732
2 Umsatzbezogene Verbrauchssteuern	-21.632	-20.675	-956
3 Umsatzerlöse ohne Stromsteuer	353.693	336.918	16.775
4 Bestandsveränderungen	-900	864	-1.765
5 Sonstige betriebliche Erträge	1.439	901	538
6 Materialaufwand	-235.090	-223.381	-11.710
7 Personalaufwand	-26.496	-24.362	-2.134
8 Abschreibungen	-7.274	-7.652	377
9 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-41.306	-40.190	-1.116
10 Erträge aus Beteiligungen	484	398	86
11 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlage- vermögens	371	329	42
12 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	56	78	-22
13 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4.836	-5.116	280
14 Aufwendungen aus Verlustübernah- men	-1.909	-3.690	1.780
15 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-13.839	-13.271	-568
16 Ergebnis nach Steuern	24.391	21.827	2.564
17 Sonstige Steuern	-86	-139	53
18 Jahresüberschuss/Jahresfehlbe- trag	24.304	21.688	2.616

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	29,0 %	31,2 %	-2,2 %
Eigenkapitalrentabilität	47,3 %	42,5 %	4,8 %
Anlagendeckungsgrad 2	44,3 %	47,9 %	-3,6 %
Verschuldungsgrad	245,0 %	220,9 %	24,1 %
Umsatzrentabilität	6,5 %	6,1 %	0,4 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 267 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 259) für das Unternehmen tätig.

Die Beschäftigten der mittelbaren Beteiligungen werden hier nicht mitberücksichtigt.

Geschäftsentwicklung

Die ELE erzielte im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss in Höhe von 24,3 Mio. EUR im Gegensatz zum Jahresüberschuss des Vorjahres von 21,7 Mio. EUR. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Verbesserung des operativen Ergebnisses, ablesbar am Anstieg der Umsatzerlöse, der den Anstieg der Materialaufwendungen überkompensiert hat, sowie der geringeren Verlustübernahme.

Die Erhöhung des Jahresüberschusses im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Mio. EUR wird durch die zur Ausschüttung an die Gesellschafter:innen im Rahmen der Feststellung des Vorjahresabschlusses vorgenommene Entnahme aus den Gewinnrücklagen in Höhe von 2,3 Mio. ausgeglichen, sodass sich das Eigenkapital lediglich um 0,3 Mio. EUR erhöht.

Die Bilanzsumme ist im Geschäftsjahr 2021 um 13,3 Mio. EUR auf 177,2 Mio. EUR gestiegen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stiegen stichtagsbedingt um 0,8 Mio. EUR an, während sich alle übrigen Verbindlichkeiten auf Vorjahresniveau bewegen. Demgegenüber zeigt sich eine Erhöhung der passiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgrund der hier ausgewiesenen Ertragszuschüsse um 2 Mio. EUR.

Das gezeichnete Kapital beträgt 12.000 TEUR. Bei den anderen Gewinnrücklagen handelt es sich um Beträge aus Vorjahren, die durch Gesellschafterbeschlüsse in die Gewinnrücklagen eingestellt wurden. Im Geschäftsjahr 2021 wurde ein Betrag in Höhe von ca. 2,3 Mio. EUR aus den Gewinnrücklagen entnommen, diese betragen zum 31.12.2021 15,1 Mio. EUR.

Chancen und Risiken:

Chancen für die ELE ergeben sich insbesondere aus der Ausweitung der Geschäftsfelder im Zusammenhang mit energienahen Dienstleistungen (energy+). Hierzu gehören u. a. die Intensivierung der Vermarktung von Produkten im Bereich Wärme-Contracting, Elektromobilität, Stromspeicherheizungen, Photovoltaik- und Klimaanlageanlagen. Insbesondere wird der weitere Ausbau des Vertriebskanals "Marktpartner" (Elektro- und Sanitär-/Heizung-/Klima-Handwerk) für die Produkte Wärme-Contracting für Ein- und Zweifamilienhäuser weiter vorangetrieben, um das Wachstum des Geschäftsfeldes weiter zu festigen.

Aufgrund staatlicher Förderungen kann von einem weiteren deutlichen Wachstum im Bereich Elektromobilität ausgegangen werden. Hierdurch ergeben sich für die ELE zukünftig Chancen im Bereich des Stromabsatzes für elektrisch betriebene Fahrzeuge sowie aus dem Verkauf bzw. der Verpachtung von Ladeinfrastruktur an Privat-, Gewerbe- und Geschäftskund:innen. Zusätzlich ist es Ziel die Zusammenarbeit mit den lokalen Autohäusern im Bereich eMobility zu festigen, um den Vertriebsweg Autohaus durch verbindliche Kooperationen mit Autohäusern zu erschließen.

Die Verkaufspreise der ELE für Strom Haushalts-, Gewerbe- und Stromwärmekund:innen können zu Beginn des Jahres 2022 konstant gehalten werden. Die zum 1.1.2022 in Summe sinkenden staatlichen Preiskomponenten und regulatorisch gesetzten Netzentgelte kompensieren dabei die stark ansteigenden Beschaffungskosten. Dabei berücksichtigt wurde auch eine Risikoposition für Meldungen in die Ersatzversorgung, zum Beispiel aufgrund von Insolvenzen anderer Stromanbieter bedingt durch die gestiegenen Börsenpreise. Im ersten Halbjahr 2022 wird die Notwendigkeit von Preismaßnahmen gegebenenfalls erneut geprüft werden.

Die Verkaufspreise Gas für Privat- und Gewerbekund:innen können zu Beginn des Jahres 2022 konstant gehalten werden. Auch die Preise an der Gasbörse sind erheblich angestiegen mit ähnlichen Implikationen für die Wettbewerber wie im Strommarkt. Auch hier besteht das Risiko von Insolvenzen von Gasanbietern, die ebenfalls zu einer erhöhten Kundenanzahl in der Ersatzversorgung führen kann. Im ersten Halbjahr 2022 wird daher die Notwendigkeit von Preismaßnahmen ähnlich wie im Strom erneut geprüft werden.

Sowohl die Strom- als auch Gasbeschaffungskosten und die Volatilität liegen seit dem zweiten Halbjahr 2021 auf Rekordniveau. Vermehrte Bilanzkreisschließungen von Wettbewerbern im Energiesektor führen bei der ELE als Grund- und Ersatzversorger zu einem gestiegenen vertrieblichen Arbeitsaufwand. Durch die hohen Preise sind Kund:innen beim Abschluss von längerfristigen Verträgen sehr zurückhaltend. Die Unsicherheit wird auch in 2022 vorerst bleiben. Hinzu kommt die Gefahr von Insolvenzen bei den versorgten Kund:innen, die auch mit höheren Preisen, nicht nur bei den Energiekosten, belastet sind.

Risiken der zukünftigen Entwicklung erwachsen der ELE weiterhin aus den Umfeldeinflüssen, die insbesondere durch öffentliche Preisdiskussionen, die Werbeaktivitäten der Preisvergleichsportale und durch Insolvenzen von Wettbewerbern geprägt sind. Auf Grund der hohen und volatilen Preisnotierungen an der Strom- und Gasbörse führt die Aufnahme der Kund:innen aus Lieferanteninsolvenzen bei dem Unternehmen unter Umständen zu Ergebnisminderungen.

Zusätzlich erhöht die Weitergabe dieser extrem gestiegenen Energiepreise an die Geschäftskund:innen das Insolvenzrisiko bei einigen dieser Kund:innen.

Die ELE geht weiterhin von einem intensiven Wettbewerb im Strom- und Gasgeschäft aus, wobei für das Geschäftsjahr 2022 für den Strombereich eine Absatzmenge von 766 GWh bei 204.934 Kundenverträgen und für den Gasbereich eine Absatzmenge von 1.167 GWh bei 43.196 Kundenverträgen budgetiert wird.

Durch die regulatorischen Rahmenbedingungen zeigt sich in Deutschland weiterhin eine Stagnation im Bereich der Entwicklung von Windprojekten (Onshore). Aus diesem Grund ist eine Beteiligung der ELE an neuen EEG-Projekten in nächster Zukunft unwahrscheinlich. Gleichwohl bleibt es ein Ziel der ELE, den Ausbau des Anteils der regenerativen Energieerzeugung voranzutreiben und durch genaue Beobachtung des Marktes Projekte zu identifizieren, an denen eine Beteiligung der ELE ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist.

Die Geschäftspolitik der ELE ist im Interesse aller Gesellschafter:innen weiterhin darauf ausgerichtet, in den Städten Bottrop, Gelsenkirchen und Gladbeck als kompetenter und verlässlicher Energiedienstleister wahrgenommen und geschätzt zu werden.

Darüber hinaus besteht auch die Erwartung aller Anteilseigner auf eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Ein wichtiges Ziel der ELE ist es daher, sich durch die Sicherstellung einer nachhaltigen Kundenzufriedenheit und durch Effizienzsteigerungen den Anforderungen des Wettbewerbs erfolgreich zu stellen und dadurch den Erwartungen der Anteilseigner gerecht zu werden.

Für das Jahr 2022 erwartet die ELE nach bisherigen Annahmen in Bezug auf die prognostizierten Absatzmengen und Bezugs- und Absatzpreisentwicklungen einen Jahresüberschuss in Höhe von rund 24 Mio. EUR, womit die geplante Ausschüttung an die Gesellschafter:innen erreicht werden kann.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt:

In der Grafik wird die gesamte Gewinnausschüttung der ELE in TEUR der letzten fünf Jahre dargestellt:

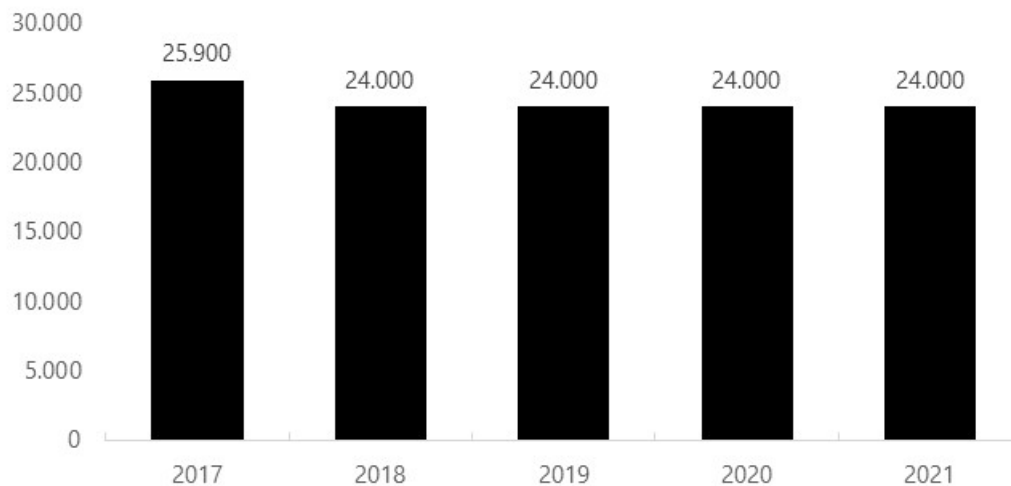


Abbildung der Auswirkungen auf den städtischen Haushalt in TEUR:

Haushaltsjahr	2017	2018	2019	2020	2021
Gewinnbeteiligung	4.308	3.992	3.992	3.992	4.008
Steuerbelastung	-1.136	-1.053	-1.053	-1.053	-1.057
Nettodividende	3.172	2.939	2.939	2.939	2.951

Die Beteiligung an der ELE ist im Betrieb gewerblicher Art „Bäder“ eingelegt. Die Dividende der ELE wird mit dem steuerlichen Verlust aus dem Betrieb der Gladbecker Schwimmbäder verrechnet. Dies führt bei der Stadt zu einer Senkung der Ertragssteuerlast.

Exkurs: Garantiedividende

Der Gesellschafter RWE Deutschland AG garantiert den kommunalen Gesellschaftern eine Dividende aus ihrer Beteiligung an der ELE in Höhe von insgesamt 5,8 Mio. EUR jährlich. Auf jeden kommunalen Gesellschafter entfällt daher ein Betrag in Höhe von 1,9 Mio. EUR für sämtliche von ihm gehaltenen Geschäftsanteile.

Belastungen aus dem Schuldendienst:

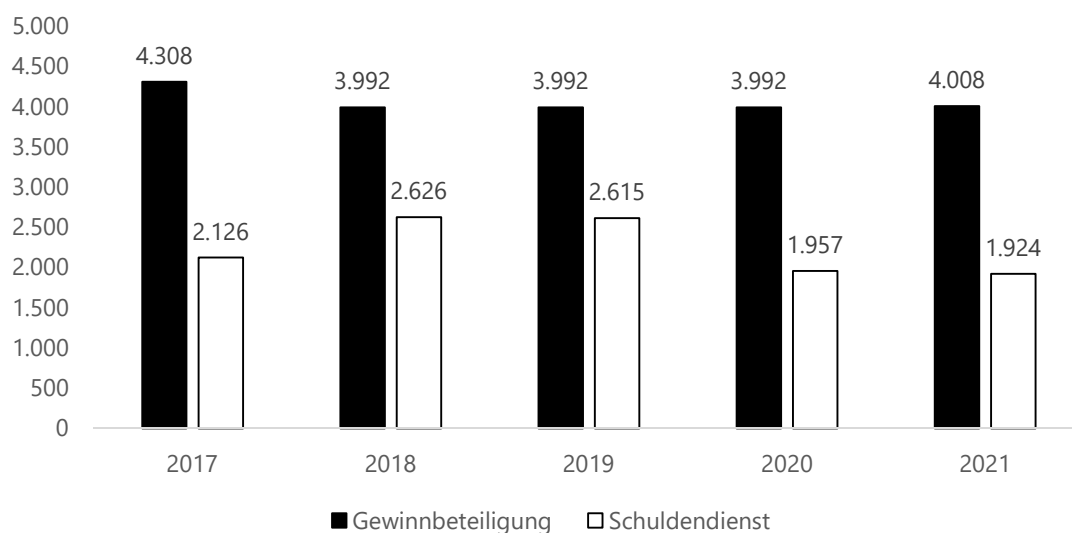
Zur Finanzierung der Stammeinlage an der gegründeten ELE erfolgten zwei Kreditaufnahmen von insgesamt 18,36 Mio. EUR. **Die Restschuld verringert sich im Vergleich zum Vorjahr von 5,8 Mio. EUR auf 5,5 Mio. EUR. Im Jahr 2020 erfolgte eine Umschuldung bei Fällig-**

keit eines der Darlehen in Höhe von 5,9 Mio. EUR und eine damit einhergehende Zusammenfassung mit zwei weiteren, nicht zur Finanzierung der Stammeinlage bestimmten Darlehen zu einer Summe. Eine Einzeldarstellung ist daher nicht mehr möglich.

Zum Jahresende 2012 haben die kommunalen Gesellschafterinnen ihren Anteil an der ELE erhöht. Für die Finanzierung der Erhöhung der Stammeinlage (ab 31.12.2012) um 25 Mio. EUR hat die Stadt vier Kommunaldarlehen aufgenommen. **Die Restschuld reduziert sich im Vergleich zum Vorjahr von 20,3 Mio. EUR auf 19,3 Mio. EUR.**

Im **Haushaltsjahr 2021** ergibt sich aus der Gesamtfinanzierung zur Beteiligung an der ELE nach Zusammenfassung der Schuldendienstleistungen, ohne Berücksichtigung des umgeschuldeten Darlehens, ein Gesamtbetrag von **1.924 TEUR.**

Gegenüberstellung der haushaltswirksamen Vereinnahmung aus Gewinnausschüttungen mit der Belastung aus dem Schuldendienst (in TEUR):



Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Brunsbach, Bernd-Josef Dr.	Geschäftsführer*in	
Köllmann, Ulrich	Geschäftsführer*in	bis 31.03.2021

Aufsichtsrat		
Böddeling, Bernd	Vorsitzende*r	
Gerdes, Michael	1. Stellvertretende*r Vorsitzende*r	
Zabach, Gregor	2. Stellvertretende*r Vorsitzende*r	
Barton, Axel	Mitglied	
Brunnhofer, Jochen	Mitglied	
Frohne, Alexander	Mitglied	
Lüdiger, Tobias	Mitglied	
Marach, Semir	Mitglied	
Olbrich, Beate	Mitglied	
Rossel, Mirjam	Mitglied	
Schröder, Achim Dr.	Mitglied	
Schulte, Franz-Josef Dr.	Mitglied	
Schwane, Ulf Dr.	Mitglied	
Sochau, Katja	Mitglied	
Turgut, Ramazan	Mitglied	

Aufsichtsrat		
Wedekind, Wolfgang	Mitglied	
Weist, Bettina	Mitglied	
Welge, Karin	Mitglied	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 27,8 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan wird nicht geführt.

3.4.1.5 GWG-Gladbecker Wohnungsgesellschaft mbH

Basisdaten

Anschrift	GWG-Gladbecker Wohnungsgesellschaft mbH Humboldtstr. 2 45964 Gladbeck
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1955
Handels-/Genossen- schaftsregister	HRB 4382 Amtsgericht Gelsenkirchen
Internet	www.gwg-gladbeck.de

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Bevölkerung (gemeinnütziger Zweck).

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, z.B. Grundstücke/Erbbaurechte erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.

Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d.h. eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der wirtschaftlichen Betätigung gem. § 107 GO NRW sind erfüllt.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (Gesellschaftszweck). Hiernach ist die GWG ein Unternehmen der Wohnraumversorgung. Durch

die Aufgaben werden Leistungen der Daseinsvorsorge erbracht und der öffentliche Zweck erfüllt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEUR)	Anteile in %
Stadt Gladbeck	4.312,6	94,83 %
Provinzial Rheinland Versicherung AG	235,2	5,17 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Stadt Gladbeck hat der Gladbecker Wohnungsgesellschaft mbH Darlehen gewährt, dessen Restschuld zum Jahresultimo 853 TEUR beträgt (Zinsen und Gebühren 10 TEUR). Die GWG hat im Jahr 2021 Erbbauzinsen in Höhe von 17 TEUR, Bürgschaftsprovisionen in Höhe von 11 TEUR und sonstige Zahlungen (inkl. Grundstückskauf) in Höhe von 327 TEUR an die Stadt geleistet.

Außerdem hat die Stadt Gladbeck Bürgschaften im Wert von 5,1 Mio. EUR übernommen (Eventualverbindlichkeit für die Stadt).

Die GWG hat einen Betrag von rund 12 TEUR an den ZBG im Rahmen der Abfallentsorgung bezahlt.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	49.473	49.168	305	Eigenkapital	7.757	7.434	323
Umlaufvermögen	5.794	5.555	239	Sonderposten	116	122	-6
				Rückstellungen	819	191	627
				Verbindlichkeiten	45.298	46.077	-780
Aktive Rechnungsabgrenzungen	1	1	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	1.278	899	379
Bilanzsumme	55.267	54.723	544	Bilanzsumme	55.267	54.723	544

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

s. Kapitel Geschäftsentwicklung/ Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR
1 Umsatzerlöse	11.071	10.833	237
2 Bestandsveränderungen	12	99	-86
3 Sonstige betriebliche Erträge	293	452	-159
4 Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	-6.999	-7.251	252
5 Personalaufwand	-653	-673	19
6 Abschreibungen	-1.599	-1.571	-28
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-940	-856	-84
8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	0
9 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-863	-905	42
10 Ergebnis nach Steuern	323	130	194
11 Sonstige Steuern	-0	-2	2
12 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	323	128	196
13 Gewinn-/ Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-526	-654	128
14 Bilanzgewinn	-203	-526	323

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	14,0 %	13,6 %	0,5 %
Eigenkapitalrentabilität	4,2 %	1,7 %	2,4 %
Anlagendeckungsgrad 2	97,9 %	99,3 %	-1,4 %
Verschuldungsgrad	610,9 %	634,5 %	-23,5 %
Umsatzrentabilität	2,9 %	1,2 %	1,7 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 9 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 10) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Die GWG-Gladbecker Wohnungsgesellschaft mbH schließt das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 mit einem Jahresüberschuss von 323 TEUR (Vorjahr: 128 TEUR) ab. Das Eigenkapital ist leicht gestiegen auf 7.757 TEUR (Vorjahr 7.434 TEUR). Die Verbindlichkeiten belaufen sich mit 45.298 TEUR auf einem leicht geringeren Niveau als im Vorjahr.

Chancen und Risiken:

Für die Immobilienbewirtschaftung bestehen die Risiken im Wesentlichen in einer möglichen Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Diese können zu verminderten Mieterlösen, einer verstärkten Zahlungsunfähigkeit der Mieter:innen und erhöhten Leerständen führen. Des Weiteren bestehen nicht unerhebliche Risiken bei der Marktfähigkeit des Immobilienbestandes, insbesondere aufgrund festgestellter Sanierungsrückstände.

Es bestehen weiterhin noch nicht kalkulierbare Risiken durch die nunmehr umzusetzenden Maßnahmen der Energieeinsparverordnung (EnEV), insbesondere bei der Inanspruchnahme von fossilen Brennstoffen zur Beheizung der Immobilien. Die von der Bundesregierung forcierte Verteuerung dieser Brennstoffe bei gleichzeitiger Verpflichtung zur energetischen Modernisierung könnten für die Mieter:innen bei den Kostenpositionen Heizung und Strom zu solchen Belastungen führen, dass die Mietzahlungen bei einem Großteil der Mieter:innen nicht mehr gewährleistet sind. Somit wird der Vermieter/ die Vermieterinnen gezwungen, Mietanpassungen auszusetzen, um die Wohnungen solide vermarkten zu können. Bei den geforderten Investitionen durch den Vermieter/ die Vermieterin und gleichzeitiger Ausbremsung von Mieterhöhungsmöglichkeiten ist zu erwarten, dass die Wirtschaftlichkeit bei der Immobilienbewirtschaftung erheblich eingeschränkt wird.

Weitere Risiken sind in der weiterhin bestehenden Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) zu sehen. Zu nennen sind Risiken aus der Verzögerung bei der Durchführung von Instandhaltungs-, Modernisierungs- und Baumaßnahmen verbunden mit dem Risiko von Kostensteigerungen sowie einem Anstieg der Mietausfälle, insbesondere im gewerblichen Bereich.

Der Immobilienmarkt in Gladbeck war in 2021 im Vergleich erneut entspannt. Es bestehen weiterhin nicht zu unterschätzende Vermietungsrisiken, denen die Gesellschaft durch Investitionen, Service und nachhaltiges Bewirtschaftungsmanagement begegnet.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt:

Zu Gunsten der GWG hat die Stadt Gladbeck mit Erklärung vom 20.07.2010 die Ausfallbürgschaft für ein Darlehen der Stadtparkasse Gladbeck in Höhe von 4 Mio. EUR aus Fördermitteln

der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur energieeffizienten Sanierung von 72 Wohneinheiten übernommen. Nach Abrechnung der Maßnahme belaufen sich die Gesamtkosten auf rund 3,1 Mio. EUR. **Die Restschuld mit Stand 31.12.2021 beläuft sich auf 2,4 Mio. EUR.**

Die seinerzeit nicht abgerufenen Fördermittel der o.g. Maßnahme in Höhe von 900 TEUR werden zur Durchführung von Sanierungsmaßnahmen an weiteren 32 Wohneinheiten eines von der Stadt Gladbeck vorgegebenen Wohnobjekts in Anspruch genommen. Die Bürgschaftserklärung zu dem Förderkredit datiert vom 05.05.2014. **Zum 31.12.2021 beläuft sich der Saldo auf 640 TEUR.**

Für die Modernisierung von 150 Wohneinheiten einer weiteren Bestandsimmobilie der GWG hat die Stadt ebenfalls eine Bürgschaft übernommen. Die Einräumung einer Ausfallbürgschaft in Höhe von 2,9 Mio. EUR erfolgte mit Ratsbeschluss vom 21.11.2013 und einer am 03.04.2014 beschlossenen Änderung. **Zum 31.12.2021 war noch ein Betrag von 2,1 Mio. EUR offen.**

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Balke, Thomas	Geschäftsführer*in	
Vertretung		
Kemmann, Thomas	Prokurist*in	
Aufsichtsrat		
Fuchte, Karsten	Vorsitzende*r	ab 01.04.2021
Plischek, Martin	Vorsitzende*r	bis 31.03.2021

Aufsichtsrat		
Sahin, Hasan	Stellvertretende*r Vorsit- zende*r	
Borgwerth, Bernd	Mitglied	
Drosdzol, Dietmar	Mitglied	
Jung, Benedikt	Mitglied	
Romotzki, Karl-Heinz	Mitglied	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 6 Mitgliedern keine Frauen an (Frauenanteil: 0,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Die Beteiligung ist aufgrund der Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Aufstellung eines Gleichstellungsplanes nach § 5 Abs. 1 LGG befreit.

3.4.1.6 Gemeinnütziger Bauverein Gladbeck eG

Basisdaten

Anschrift	Gemeinnütziger Bauverein Gladbeck eG Paßmannstr. 25 45964 Gladbeck
Rechtsform	eG
Gründungsjahr	1912
Handels-/Genossen- schaftsregister	GenR 2 Amtsgericht Gelsenkirchen
Internet	-

Zweck der Beteiligung

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung (gemeinnütziger Zweck). Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, und erwerben, veräußern und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig.

Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der wirtschaftlichen Betätigung gem. § 107 GO NRW sind erfüllt.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (Gesellschaftszweck). Hiernach ist der Bauverein ein Unternehmen der Wohnraumversorgung. Durch diese Aufgaben werden Leistungen der Daseinsvorsorge erbracht. Damit wird der öffentliche Zweck erfüllt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEUR)	Anteile in %
Nutzungsberechtigte	197,7	99,25 %
Stadt Gladbeck	1,5	0,75 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

S. Ziffer 3.4.1.1, Kapitel Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	7.044	7.136	-91	Eigenkapital	6.390	6.298	92
Umlaufvermögen	758	605	153	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	31	36	-5
				Verbindlichkeiten	1.381	1.406	-25
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	7.803	7.741	62	Bilanzsumme	7.803	7.741	62

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Bürgschaften wurden seitens der Stadt Gladbeck nicht eingegangen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR
1 Umsatzerlöse	1.414	1.396	18
2 Bestandsveränderungen	14	-4	18
3 Sonstige betriebliche Erträge	9	9	0
4 Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	-932	-870	-62
5 Personalaufwand	-84	-91	7
6 Abschreibungen	-186	-184	-2
8 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-21	-24	3
9 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-61	-69	8
10 Sonstige Steuern	-58	-54	-5
11 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	94	109	-15

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	81,9 %	81,4 %	0,5 %
Eigenkapitalrentabilität	1,5 %	1,7 %	-0,3 %
Anlagendeckungsgrad 2	106,6 %	101,5 %	5,1 %
Verschuldungsgrad	22,1 %	22,9 %	-0,8 %
Umsatzrentabilität	6,7 %	7,8 %	-1,1 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 4) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Der Jahresüberschuss im Jahr 2021 betrug 94.309 EUR.

Am 31.12.2021 betrug das Geschäftsguthaben der Stadt Gladbeck 1.500 EUR (= 0,75 % der Summe der Geschäftsguthaben der Mitglieder in Höhe von 199.196 EUR).

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt:

Die Mitgliederversammlung der Gemeinnütziger Bauverein Gladbeck eG hat am 04.09.2022 beschlossen, aus dem Jahresüberschuss 2021 jeweils eine Dividende in Höhe von 4 % des Geschäftsguthabens auszuschütten und den Geschäftsanteilen zuzuschreiben.

Beträge, die bei einer Zuschreibung den satzungsmäßigen Geschäftsanteil in Höhe von 1.500 EUR übersteigen würden, sind auszuführen. Für die Stadt Gladbeck ergibt sich aus dem Geschäftsjahr 2021 folgende Dividende: 4 % von 1.458 EUR (Stand 01.01.2021) = 58 EUR. Diese wurde vollständig ausgezahlt, da der satzungsmäßige Geschäftsanteil von 1.500 EUR erreicht ist.

Haushaltsjahr	2017	2018	2019	2020	2021
Dividende	48,27	50,13	52,06	54,07	56,15

Im Haushaltsjahr 2021 wird die Dividende aus dem Jahr 2020 berücksichtigt.

Organe und deren Zusammensetzung

Vorstand		
Heitfeld, Johannes	Mitglied	
Vollmer, Heinrich	Mitglied	
Zoher, Peter	Mitglied	

Aufsichtsrat		
Bittrich, Peter	Vorsitzende*r	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Das Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen besteht aus einem Mitglied. Dieses ist keine Frau (Frauenanteil: 0,0 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

In § 12 Abs. 3 ist eine Ausnahme geregelt, wenn das Benennungsrecht nur für eine Person besteht. Frauen und Männer sind dann alternierend zu berücksichtigen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Die Beteiligung ist aufgrund der Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Aufstellung eines Gleichstellungsplanes nach § 5 Abs. 1 LGG befreit.

3.4.1.7 WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH

Basisdaten

Anschrift	WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH Herner Str. 10 45699 Herten
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1990
Handels-/Genossen- schaftsregister	HRB 2901 Recklinghausen
Internet	www.emscher-lippe.de

Zweck der Beteiligung

Mit der WiN wurde eine zentrale Einrichtung zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des nördlichen Ruhrgebietes und zur Lösung der regionalen Strukturprobleme geschaffen. Die WiN ist eine ergänzende Einrichtung zur kommunalen Wirtschaftsförderung und zu den Kammern. Die Tätigkeit der Gesellschaft ist ausschließlich und unmittelbar auf die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des nördlichen Ruhrgebietes gerichtet.

Der regionalen Wirtschaftsförderung dienen namentlich folgende Tätigkeiten:

- Analyse über die Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur der Emscher-Lippe-Region und einzelner Standorte,
- Information über Standortvorteile und Förderungsmaßnahmen in der Emscher-Lippe-Region,
- Information über Wirtschaftsförderungsmaßnahmen von Bund, Land NRW und der Städte in der Emscher-Lippe-Region sowie der europäischen Union sowie Übernahme der Funktion als Antragsteller und Fördermittelempfänger regionaler Projekte,
- Anwerbung und Ansiedlung von Unternehmen,
- Beratung und Betreuung von Kommunen und ansiedlungswilligen Unternehmen in Verfahrens-, Förderungs- und Standortfragen,
- Übernahme der Service-Funktionen für das Netzwerk der kommunalen Wirtschaftsförderungen Emscher-Lippe,

- Beratung bei der Beschaffung von Gewerbegrundstücken in Zusammenarbeit mit der örtlichen Gemeinde,
- Förderung überbetrieblicher und interkommunaler Kooperationen sowie die Netzwerkmoderation in Kompetenzfeldern,
- Beschaffung neuer Arbeitsplätze, z. B. durch Förderung von Maßnahmen, die dem Aufbau, Erhalt bzw. Ausbau von Beschäftigungsstrukturen, vor allem der Schaffung von Dauerarbeitsplätzen dienen oder Einrichtung, Koordination und Übernahme von Trägerschaften projektbezogener Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Dazu zählen nicht die Tätigkeiten der sogenannten Beschäftigungsgesellschaften,
- Allgemeine Förderung des Fremdenverkehrs durch Werbung für die Region. Darüber hinausgehende Tätigkeiten (Vermittlungsleistungen, Andenkenverkauf) sind dagegen schädlich.

Die Gesellschaft kann zur Verfolgung ihrer Zwecke Management-Beauftragungen für regional bedeutsame Projekte übernehmen.

Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der wirtschaftlichen Betätigung gem. § 107 GO NRW sind erfüllt.

Der Bestand der Gesellschaft wurde regelmäßig auf jeweils fünf Jahre begrenzt. Der Rat der Stadt Gladbeck und die Gesellschafterversammlung der WiN haben im Jahr 2013 entschieden, dass die WiN über das Jahr 2015 hinaus um weitere fünf Jahre bis zum 19.08.2020 weitergeführt wird. Im Jahr 2018 haben der Rat der Stadt Gladbeck und die Gesellschafterversammlung der WiN beschlossen, die Gesellschaft unbefristet weiterzuführen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (Gesellschaftszweck). Hiernach ist die WiN insbesondere ein Unternehmen der Wirtschaftsförderung und Arbeitsplatzbeschaffung. Durch diese Aufgaben werden Leistungen der Daseinsvorsorge erbracht. Dadurch wird der öffentliche Zweck erfüllt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEUR)	Anteile in %
Banken, Verbände und private Unternehmen	112,5	36,67 %
Stadt Gelsenkirchen	43,4	14,15 %

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEUR)	Anteile in %
Kreis Recklinghausen	35,8	11,67 %
Stadt Recklinghausen	18,8	6,12 %
Stadt Bottrop	17,6	5,75 %
Stadt Marl	13,7	4,45 %
Stadt Dorsten	11,8	3,85 %
Stadt Gladbeck	11,8	3,83 %
Stadt Castrop-Rauxel	11,7	3,80 %
Stadt Herten	10,2	3,33 %
Stadt Datteln	5,6	1,82 %
Stadt Haltern am See	5,2	1,70 %
Stadt Waltrop	4,4	1,45 %
Stadt Oer-Erkenschwick	4,3	1,42 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

S. Ziffer 3.4.1.1, Kapitel Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	62	81	-19	Eigenkapital	433	470	-37
Umlaufvermögen	1.014	1.007	7	Sonderposten	6	6	-1
				Rückstellungen	57	53	4
				Verbindlichkeiten	568	567	1
Aktive Rechnungsabgrenzungen	5	7	-3	Passive Rechnungsabgrenzungen	17	0	17
Bilanzsumme	1.080	1.096	-15	Bilanzsumme	1.080	1.096	-15

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Bürgschaften wurden seitens der Stadt Gladbeck nicht eingegangen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR
1 Umsatzerlöse	1.792	1.819	-27
2 Sonstige betriebliche Erträge	38	26	11
3 Personalaufwand	-1.613	-1.554	-59
4 Abschreibungen	-28	-25	-3
5 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-755	-777	22
6 Ergebnis nach Steuern	-566	-510	-56
7 Sonstige Steuern	-0	-0	0
8 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-566	-510	-56

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	40,1 %	42,9 %	-2,8 %
Eigenkapitalrentabilität	-130,6 %	-108,5 %	-22,2 %
Anlagendeckungsgrad 2	701,8 %	580,0 %	121,9 %
Verschuldungsgrad	148,0 %	131,8 %	16,2 %
Umsatzrentabilität	-31,6 %	-28,0 %	-3,6 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 24) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Die Gesellschafter:innen haben sich verpflichtet, den mit der Tätigkeit verursachten Verlust mit Vorauszahlungen in Höhe von 328 TEUR auszugleichen. Diese werden im Jahresabschluss 2021

zwar noch als Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter:innen ausgewiesen, führen wegen ihrer Zweckgebundenheit für den Verlustausgleich aber dazu, dass sie mit der Feststellung des Jahresabschlusses in Eigenkapital umgewandelt werden. Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr gesellschafterseitige Zusatzförderungen in Höhe von 200 TEUR geleistet. Die Unterdeckung in Höhe von 38 TEUR zwischen den geleisteten Abschlagszahlungen und dem Jahresfehlbetrag wird aus der Kapitalrücklage entnommen. Damit verringert sich die Rücklage auf 655 TEUR.

Das Aktivvermögen ist geprägt durch liquide Mittel und Projektzuschussforderungen. Die Bilanz weist ein positives Eigenkapital in Höhe von 433 TEUR auf. Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt 307 TEUR. Insgesamt bestehen Verbindlichkeiten in Höhe von 568 TEUR. Diese haben ausschließlich eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Die Finanzierung der WiN ist primär durch den Gesellschaftsvertrag geregelt. Die Zahlungen der Städte richten sich nach einem Einwohnerschlüssel. Wird der Finanzbedarf durch die festgelegten Zahlungen nicht gedeckt, sind Zusatzzahlungen zu leisten.

Die Stadt Gladbeck hat einen Verlustausgleich in Höhe von 14 TEUR zur Deckung des Jahresfehlbetrages 2021 erbracht.

Haushaltsjahr	2017	2018	2019	2020	2021
Verlustausgleich	18	18	16	16	14

Chancen und Risiken:

Risiken

Hinsichtlich der Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklungen erläutert die Geschäftsführung, dass die Berichtsgesellschaft – wie nahezu alle Wirtschaftsförderungsgesellschaften – auf die Ausgleichszahlungen ihrer kommunalen Gesellschafter:innen angewiesen ist, um der ihr übertragenen Aufgabe der regionalen Wirtschaftsförderung nachkommen zu können und nicht zuletzt die Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu gewährleisten. Somit steht die WiN in dem Spannungsverhältnis von Mittelzuweisungen der Kommunen an ihre kommunalen Gesellschaften mit dem europäischen Beihilferecht. Auf in diesem Zusammenhang bestehende rechtliche Unsicherheiten sowie Risiken wird hingewiesen.

Immer deutlicher wird, dass nur der Ansatz, die Gesellschaft mit einem festen Team von inhaltlich positionierten Mitarbeiter:innen auszustatten, zukunftsfähig ist. Die Bindung der Existenz der Gesellschaft an konkrete Projekte, die sich oft ad hoc ergeben, ist weiterhin langfristig nicht zielführend um den Beitrag der Gesellschaft für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Region nachhaltig gestalten zu können. Auch zukünftig wird die WiN Emscher-Lippe GmbH so nur auf projektbezogene Förderungen zurückgreifen können. Damit wird der Aufbau strategischer Entwicklungslinien und die mittelfristig ausgelegte Verknüpfung erworbenen Know-

Hows in der regionalen Fachkräftesicherung und in zentralen Technologiefeldern zur Entwicklung des Wirtschaftsstandortes erschwert.

Das Thema „Bereitstellung von weiteren Eigenanteilen für regionale Projekte“ wird zudem auch weiterhin ein wichtiges Thema in den Gremien der WiN Emscher-Lippe GmbH sein.

Einerseits sind Kommunen und Partner im Wesentlichen nur bereit, erhöhte Zahlungen an die Gesellschaft zu leisten, wenn dafür „konkrete Leistungen/ Projekte“ erfolgen. Andererseits hat dieser Angang für die Einwerbung öffentlicher Zuwendungen für die Gesellschaft keinerlei Vorteile, weil entsprechende Drittmittel in der Regel allenfalls die Höhe der zuwendungsfähigen Kosten reduzieren, nicht aber als Eigenanteile eingesetzt werden können. Wichtige Projekte können wegen dieses „Henne-Ei“ Themas oft nicht in Angriff genommen werden. Dies schränkt die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft ein.

Angesichts der Ausbreitung der Coronapandemie und den daraus resultierenden Vorgaben der Landes- und Bundespolitik hatten die beschlossenen Maßnahmen und Einschränkungen im weiteren Verlauf des Jahres 2021 große Auswirkungen auf die Arbeit der Projekte. Viele der ursprünglich geplanten Tätigkeiten waren und sind noch immer nur eingeschränkt oder im Moment gar nicht mehr möglich: insbesondere persönliche Vorort-Betriebskontakte oder die Durchführung von Veranstaltungen. Es ist absehbar, dass es zu Projektverzögerungen kommen wird und Projektziele in den bisherigen Projektlaufzeiten zum Teil nur mit Abstrichen erreicht werden können.

Chancen

Die momentan verfolgten Projektansätze bieten mit Blick auf die kommenden drei Jahre gute Chancen für die Zukunft der Gesellschaft:

Die Gesellschafter der WIN Emscher-Lippe GmbH haben in der Gesellschafterversammlung am 18.12.2018 wesentliche Änderungen des Gesellschaftsvertrages beschlossen. Insbesondere durch die Entfristung der Gesellschaft sind gute Entwicklungsperspektiven grundgelegt. Durch freiwillige Zahlungen für die nächsten Jahre hat sich die Grundfinanzierung verbessert. Damit können die Eigenanteile für die laufenden und eventuell neuen Projekte gesichert werden. Hierzu sind weitere Gespräche mit den Gesellschafter:innen zu führen, um dies auch zukünftig sicherzustellen.

Das momentane Team beweist durch seine Arbeit neben der Kompetenz in den drei definierten Handlungsfeldern von Umbau 21 (Mensch und Perspektiven, Vernetzte Stadtentwicklung und –erneuerung, Wirtschafts- und Strukturentwicklung) und in den konkreten Projekten, dass es die Aufgabe der wirtschaftsnahen Regionalentwicklung sowohl auf der strategischen als auch auf der operativen Ebene zielführend managt. Die Klammerfunktion der WIN Emscher-Lippe GmbH ist eine substantielle Leistung, die auch von den Kolleginnen und Kollegen der kommunalen Wirtschaftsförderungen und der beiden großen Wirtschaftskammern anerkannt wird.

Die Akquisition neuer Projekte hat zum Erfolg geführt. So war es möglich mit dem Programm unternehmenswert:mensch an einer Förderlinie des BMAS auch weiterhin zu partizipieren.

Das Arbeitsministerium NRW fördert für 15 Monate als eines von drei Projekten für das Ruhrgebiet die Ausarbeitung eines regional ausgelegten Zukunftscampuskonzepts für die berufliche Bildung der Emscher-Lippe-Region. Es handelt sich um ein Kooperationsprojekt mit vielen v.a. kommunalen Akteuren/ Akteurinnen. Das Institut Arbeit und Technik ist Durchführungspartner.

Unter Federführung des Kreises Recklinghausen beteiligte sich die WIN an einer Projektakquisition in der Programmlinie „Hyland – Wasserstoffregionen in Deutschland“ des BMVI. Hier konnte sich das regionale Konsortium durchsetzen und eine Förderung für die Erstellung eines Konzepts in den Jahren 2020 / 2021 erreichen. Eine neuerliche Antragstellung in der Projektklinie ist für 2022 geplant.

Die Beauftragung der Geschäftsführung des ChemSite E.V. im Jahr 2018 bietet eine mittel- bis langfristige Perspektive für die Gesellschaft.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Beyer, Joachim	Geschäftsführer*in	
Groß, Bernd	Geschäftsführer*in	

Vertretung		
Schneider, Michaela	Prokurist*in	

Präsidium		
Klimpel, Bodo	Vorsitzende*r	ab 26.02.2021
Grütters, Jochen Dr.	Stellvertretende*r Vorsitzende*r	

Präsidium		
Tischler, Bernd	Stellvertretende*r Vorsitzende*r	
Welge, Karin	Stellvertretende*r Vorsitzende*r	ab 26.02.2021
Arndt, Werner	Mitglied	
Beck, Rasmus C.	Mitglied	bis 31.01.2021
Feller, Dorothee	Mitglied	
Frohne, Julia Prof. Dr.	Mitglied	ab 25.06.2021
Harten, Thomas	Mitglied	
Rosendahl, Mark	Mitglied	
Stockhoff, Tobias	Mitglied	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 30,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan wird nicht geführt.

3.4.1.8 IWG Innovationszentrum Wiesenbusch Gladbeck Besitzgesellschaft mbH

Basisdaten

Anschrift	IWG Innovationszentrum Wiesenbusch Gladbeck Besitzgesellschaft mbH Willy-Brandt-Platz 2 45964 Gladbeck
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1994
Handels-/Genossen- schaftsregister	HRB 0728 Amtsgericht Gladbeck/ ab 01.08.2002 HRB 4029 Amtsgericht Gelsenkirchen
Internet	-

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und Vermietung von Gebäuden des Innovationszentrums Wiesenbusch in Gladbeck. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern.

Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der wirtschaftlichen Betätigung gem. § 107 GO NRW sind erfüllt.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (Gesellschaftszweck). Die Vermietung der Gebäude bietet die Grundlage für die Durchführung von Aufgaben der Wirtschaftsförderung und Arbeitsplatzschaffung. Hierdurch werden Leistungen der Daseinsvorsorge erbracht. Dadurch wird der öffentliche Zweck erfüllt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEUR)	Anteile in %
Stadt Gladbeck	1.186,7	100,00 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die IWG Besitzgesellschaft GmbH erhält von der IWG Betriebsgesellschaft GmbH Mieteinnahmen in Höhe von 339 TEUR. Im Zusammenhang mit der Absicherung des Gebäudes wurde eine Verbindlichkeit in Höhe von 13 TEUR gegenüber der Stadt vermerkt. Außerdem hat die Stadt Gladbeck eine Bürgschaft im Wert von 2,0 Mio. EUR übernommen (Eventualverbindlichkeit für die Stadt).

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	1.260	1.387	-127	Eigenkapital	0	0	0
Umlaufvermögen	180	176	4	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	7	7	0
				Verbindlichkeiten	2.128	2.349	-221
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	2.135	2.355	-220	Bilanzsumme	2.135	2.355	-220

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Mit Erklärung vom 27.10.1995 hat die Stadt Gladbeck die Ausfallbürgschaft für ein Darlehen der Stadtparkasse Gladbeck in Höhe von 4,5 Mio. EUR zu Gunsten der IWG Besitz übernommen. Die Restschuld des Annuitätendarlehens beträgt zum 31.12.2021 2,0 Mio. EUR.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR
1 Umsatzerlöse	285	285	0
2 Sonstige betriebliche Erträge	19	403	-384
3 Abschreibungen	-127	-460	333
4 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-33	-37	3
5 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-45	-28	-17
6 Ergebnis nach Steuern	97	163	-65
7 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	97	163	-65

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Eigenkapitalrentabilität	k.A.	k.A.	k.A.
Anlagendeckungsgrad 2	146,5 %	152,1 %	-5,5 %
Verschuldungsgrad	k.A.	k.A.	k.A.
Umsatzrentabilität	34,2 %	57,1 %	-23,0 %

Aufgrund des „Nicht durch das Eigenkapital gedeckten Fehlbetrags“, ist die Darstellung der Kennzahlen „Eigenkapitalquote“, „Eigenkapitalrentabilität“ und „Verschuldungsgrad“ nicht möglich.

Personalbestand

Das Unternehmen beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter:innen.

Geschäftsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2021 lag die Vermietungsquote bei rund 100 %, was einer vermieteten Fläche von insgesamt 6.526 qm entspricht, die an 52 Firmen vermietet waren.

Das Eigenkapital der Gesellschaft hat sich nicht verändert und beträgt 1.186 TEUR. Die Verbindlichkeiten sind um 221 TEUR gesunken und betragen zum Jahresultimo 2.128 TEUR. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag konnte im Jahr 2021 auf 695 TEUR (Vorjahr: 792 TEUR) mit dem erzielten Jahresüberschuss in Höhe von 97 TEUR reduziert werden.

Chancen und Risiken:

Für das Jahr 2022 wird ein positives Jahresergebnis von 181 TEUR erwartet. Mit größeren Instandhaltungsarbeiten ist nicht zu rechnen. Durch die in den letzten Jahren vorgenommenen Instandhaltungen ist es gelungen, weiterhin ein attraktiver Standort für Mieter:innen zu bleiben. Dies bringt positive Effekte für die wirtschaftliche Entwicklung in Gladbeck.

Insgesamt wird sich die Vermietungsquote bei der Innovationszentrum Wiesenbusch Gladbeck Betriebsgesellschaft mbH im Geschäftsjahr 2022 voraussichtlich unterhalb des Vorjahresniveaus bewegen. Für die Innovationszentrum Wiesenbusch Gladbeck Besitzgesellschaft mbH ergeben sich hieraus aufgrund der konstanten Erlöse aus dem Generalmietvertrag keine Auswirkungen.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine im Frühjahr Jahr 2022 hat erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft und deutsche Unternehmen. Auch hier sind wegen des bestehenden Generalmietvertrages vorerst keine Risiken für die Gesellschaft zu erkennen.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt:

Die Stadt Gladbeck hat sich in ihrer Patronatserklärung vom 05.07.2001 bereit erklärt, liquide Mittel zur Erfüllung der Verpflichtungen zur Verfügung zu stellen. Ein Rückgriff auf die Stadt Gladbeck wird voraussichtlich auch in 2022 nicht erforderlich sein.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Bunte, Thorsten	Geschäftsführer*in	

Geschäftsführung		
Colak, Arif	Geschäftsführer*in	von 01.02.2021 bis 17.12.2021

Vertretung		
Brinkel, Birgit	Prokurist*in	bis 31.01.2021
Kunkel, Monika	Prokurist*in	ab 01.02.2021

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Für diese Beteiligung ist kein Aufsichtsgremium vorgesehen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal, daher wird kein Gleichstellungsplan erstellt.

3.4.1.9 IWG Innovationszentrum Wiesenbusch Gladbeck Betriebsgesellschaft mbH

Basisdaten

Anschrift	IWG Innovationszentrum Wiesenbusch Gladbeck Betriebsgesellschaft mbH Am Wiesenbusch 2 45964 Gladbeck
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1995
Handels-/Genossen- schaftsregister	HRB 0727 Amtsgericht Gladbeck/ ab 01.08.2002: HRB 4028 Amtsgericht Gelsenkirchen
Internet	www.iwg-gladbeck.de

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und der Betrieb des Innovationszentrums Wiesenbusch in Gladbeck.

Dazu unterstützt das Unternehmen vorwiegend technologieorientierte bzw. innovative Existenzgründungen, produktionsorientierte Dienstleistungsbetriebe und wachstumsträchtige Unternehmen der Region durch ein Angebot von multifunktionalen Betriebsräumen mit Gemeinschaftseinrichtungen und zentralen Dienstleistungen, durch umfassende Beratung sowie Betreuung und durch Vermittlung von öffentlichen Fördermitteln mit dem Ziel, in Gladbeck zukunftsorientierte und sichere neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Wirtschaftsstruktur zu verbessern.

Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der wirtschaftlichen Betätigung gem. § 107 GO NRW sind erfüllt.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (Gesellschaftszweck). Hiernach ist die IWG Betrieb ein Unternehmen der Wirtschaftsförderung und der Arbeitsplatzschaffung. Durch diese Aufgaben werden Leistungen der Daseinsvorsorge erbracht. Dadurch wird der öffentliche Zweck erfüllt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEUR)	Anteile in %
Stadt Gladbeck	112,5	88,00 %
Verein zur Förderung der Gladbecker Wirtschaft	15,3	12,00 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Für das Jahr 2021 erhält die IWG Betriebsgesellschaft mbH einen Verlustausgleich der Stadt Gladbeck in Höhe von 79 TEUR. Grundlage ist hierfür die Patronatserklärung vom 05.07.2001. Die IWG Betriebsgesellschaft GmbH zahlt aufgrund des Generalmietvertrages Mieten in Höhe von 339 TEUR an die IWG Besitzgesellschaft GmbH.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	243	263	-21	Eigenkapital	156	156	0
Umlaufvermögen	420	476	-55	Sonderposten	60	65	-5
				Rückstellungen	7	9	-2
				Verbindlichkeiten	450	517	-67
Aktive Rechnungsabgrenzungen	15	14	1	Passive Rechnungsabgrenzungen	5	6	-0
Bilanzsumme	678	753	-75	Bilanzsumme	678	753	-75

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Bürgschaften wurden seitens der Stadt Gladbeck nicht eingegangen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR
1 Umsatzerlöse	1.024	984	40
2 Sonstige betriebliche Erträge	18	7	11
3 Materialaufwand	-596	-581	-15
4 Personalaufwand	-251	-221	-30
5 Abschreibungen	-34	-36	2
6 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-168	-221	53
7 sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4	-4	0
9 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	0	-0
10 Ergebnis nach Steuern	-9	-71	62
11 Sonstige Steuern	-70	-64	-6
12 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-79	-135	56

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	23,1 %	20,8 %	2,3 %
Eigenkapitalrentabilität	-50,7 %	-86,4 %	35,6 %
Anlagendeckungsgrad 2	192,0 %	173,4 %	18,7 %
Verschuldungsgrad	295,2 %	339,7 %	-44,5 %
Umsatzrentabilität	-7,7 %	-13,7 %	6,0 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 5) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Im Geschäftsverlauf 2021 waren von den vermietbaren Flächen zum Jahresende insgesamt gut 6.526 qm an 52 Firmen vermietet; das entspricht einer Belegungsquote von rund 100 %. Dies führt mit 1.024 TEUR (2020 – 985 TEUR) mit zu den höchsten Gesamteinnahmen seit Bestehen des IWG.

Die Vermögenslage ist geprägt durch das um die Abschreibungen in Höhe von 34 TEUR verminderte und um Zugänge in Höhe von 13 TEUR erhöhte Anlagevermögen von rd. 243 TEUR. Dem Anlagevermögen steht ein Sonderposten für Investitionszuschüsse von rd. 60 TEUR gegenüber. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände verminderten sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um rd. 20 TEUR auf rd. 141 TEUR. Der Rückgang resultiert insbesondere aus der um rd. 56 TEUR rückläufigen Forderung auf Ausgleich des Jahresfehlbetrages gegenüber der Gesellschafterin Stadt Gladbeck.

Das unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesene Darlehen in Höhe von 300 TEUR wurde bis zum 30. Januar 2027 prolongiert. Die sonstigen Verbindlichkeiten betragen 87 TEUR; sie betreffen insbesondere erhaltene Kautionen. Die Gesellschaft weist zum 31.12.2021 eine Bilanzsumme von rd. 678 TEUR (31.12.2020: rd. 753 TEUR) aus.

Das Jahresergebnis schließt mit einem Fehlbetrag von 79 TEUR ab (31.12.2020 = Fehlbetrag 135 TEUR). Das Ergebnis liegt damit um 57 TEUR über der Planung gemäß AR-Beschluss vom 26.10.2020 (geplanter Fehlbetrag 136 EUR).

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt:

Die Stadt Gladbeck leistet für entstandene Unterdeckungen einen Verlustausgleich. Die Verpflichtung ergibt sich aus der mit der Stadt Gladbeck vereinbarten Patronatserklärung vom 05.07.2001.

Der Kapitalrücklage zugeführte Ausgleich wird jeweils für das dem Haushaltsjahr vorhergehende Geschäftsjahr geleistet. Der Abschluss der Gesellschaft für 2020 weist einen Jahresfehlbetrag aus.

Haushaltsjahr	2017	2018	2019	2020	2021
Verlustausgleich	227	219	151	0	135

Chancen und Risiken:

Im Jahr 2022 werden sich die Mieteinnahmen der Gesellschaft nicht mehr auf vergleichbar hohem Niveau bewegen. Die gegenwärtige Corona-Krise hat bei den Mieter:innen bisher nicht

zu einer Insolvenz bzw. zu Mietausfällen/-stundungen geführt. Für April des Jahres 2022 steht auf Grund einer Standort-Verlegung der Auszug der Firma an, die bisher der größte Mietzahler der IWG ist. Die Geschäftsführung steht in aussichtsreichen Gesprächen mit Nachfolgemietern:innen. Nach dem am 25. Oktober 2021 vom Aufsichtsrat genehmigten Wirtschaftsplan für 2022 wird ein Fehlbetrag von 224 TEUR erwartet. Hier ist der Entwicklung beim Vermietungsstand Rechnung getragen worden.

Die Gesellschaft nimmt weiterhin viele – oftmals nicht kostendeckende – strukturpolitische Aufgaben zur Daseinsvorsorge wahr (i. S. eines Betrauungsakts).

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Colak, Arif	Geschäftsführer*in	bis 16.12.2021
Romberg, Lothar	Geschäftsführer*in	

Vertretung		
Mai, Sebastian	Prokurist*in	ab 16.12.2021

Aufsichtsrat		
Weist, Bettina	Vorsitzende*r	
Kreyerhoff, Ludger	Stellvertretende*r Vorsitzende*r	ab 12.04.2021
Blanck, Dieter	Mitglied	bis 12.04.2021
Lauter, Markus	Mitglied	

Aufsichtsrat		
Rullmann, Andreas	Mitglied	
Schnieder, Dirk	Mitglied	
Volk, Carolina	Mitglied	
Wedekind, Wolfgang	Mitglied	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 7 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 28,6 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Die Beteiligung ist aufgrund der Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Aufstellung eines Gleichstellungsplanes nach § 5 Abs. 1 LGG befreit.

3.4.1.10 d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts

Basisdaten

Anschrift	d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts Rheinische Str. 1 44137 Dortmund
Rechtsform	Anstalt des öffentlichen Rechts
Gründungsjahr	2017
Handels-/Genossen- schaftsregister	-
Internet	www.d-nrw.de

Zweck der Beteiligung

Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Informationstechnische Leistungen, die der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, erbringt sie insbesondere im Rahmen von staatlich-kommunalen Kooperationsprojekten. Außerdem unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 E-Gouvernement-Gesetz Nordrhein-Westfalen (EGovG NRW). Die Anstalt erbringt ihre Leistungen gegenüber ihren Trägern und anderen öffentlichen Stellen auf Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages nach den §§ 54 bis 62 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand der Anstalt (Unterstützung durch Einsatz von Informationstechnik). Durch diese Leistungen werden die Kommunen in der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben unterstützt. Der öffentliche Zweck ist damit erfüllt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEUR)	Anteile in %
Land Nordrhein-Westfalen	1.000,0	78,06 %
Kommunen, Kreise und Landschaftsverbände des Landes NRW zu je EUR 1.000	280,0	21,86 %
Stadt Gladbeck	1,0	0,08 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

S. Ziffer 3.4.1.1, Kapitel Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	76	77	-2	Eigenkapital	2.810	2.800	10
Umlaufvermögen	20.520	12.935	7.585	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	3.340	1.884	1.456
				Verbindlichkeiten	14.452	8.333	6.119
Aktive Rechnungsabgrenzungen	5	4	1	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	20.601	13.017	7.585	Bilanzsumme	20.601	13.017	7.585

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Bürgschaften wurden seitens der Stadt Gladbeck nicht eingegangen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR
1 Umsatzerlöse	51.002	28.062	22.940
3 Sonstige betriebliche Erträge	344	23	321
4 Materialaufwand	-47.342	-24.775	-22.567
5 Personalaufwand	-3.313	-2.343	-969
6 Abschreibungen	-40	-55	15
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-637	-736	100
8 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-31	-31	-0
9 Ergebnis nach Steuern	-17	144	-160
10 Sonstige Steuern	17	-144	160
12 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	13,6 %	21,5 %	-7,9 %
Eigenkapitalrentabilität	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Anlagendeckungsgrad 2	3.704,3 %	3.646,6 %	57,7 %
Verschuldungsgrad	633,2 %	364,9 %	268,3 %
Umsatzrentabilität	0,0 %	0,0 %	0,0 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 62 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 43) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Im Vergleich zum 31.12.2020 hat sich das Umlaufvermögen um 7.585 TEUR erhöht. Grund dafür sind bei einer Verringerung der bereits geleisteten Anzahlungen (460 TEUR), vor allem zusätzliche Geldmittel (3.160 TEUR), erhöhte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (4.007 TEUR) sowie eine Zunahme bei den sonstigen Vermögensgegenständen (878 TEUR).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital leicht erhöht (10 TEUR) und das Fremdkapital um 7.575 TEUR gestiegen. Beim Fremdkapital sind vor allem die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (8.575 TEUR) gewachsen. Demgegenüber sind die erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen (680 TEUR) sowie die sonstigen Verbindlichkeiten (1.777 TEUR), die sich im Vorjahr im Wesentlichen aus der Umsatzsteuerpflichtigkeit ergeben hatten, im Vergleich zum 31.12.2020 geringer. Die Rückstellungen sind gegenüber dem Vorjahr erhöht (1.456 TEUR). Maßgeblich sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (1.423 TEUR), für sonstige Rückstellungen (264 TEUR) und Rückstellungen für Gewährleistungen (73 TEUR). Aufgelöst werden konnten im Berichtsjahr demgegenüber die Rückstellungen für Kulanzgewährung (310 TEUR).

Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr wegen der höheren Bilanzsumme (7.585 TEUR), insbesondere aufgrund von erhöhten Geldmitteln (3.160 TEUR), sowie von erhöhten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (4.007 TEUR), auf 13,6 % (31.12.2020: 21,5 %) verringert.

Für das Geschäftsjahr 2021 wird wie im Vorjahr ein Jahresergebnis von 0 EUR ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Chancen und Risiken:

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister erneut besonders hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Weitere Chancen sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, werden sich voraussichtlich durch die mit der Änderung des Errichtungsgesetzes verbundenen Möglichkeit, der Anstalt strategische Digitalisierungsaufgaben exklusiv per Rechtsverordnung zu übertragen, ergeben. Damit wird sich die d-NRW AöR noch stärker in die digitale Transformation einbringen können.

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet. Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen. Perspektivische Unwägbarkeiten können zudem durch die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen im Mai 2022 entstehen, deren Ausgang auch für die weitere Digitalisierung der Verwaltung in NRW bedeutsam sein wird.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Lienenkamp, Roger Dr.	Vorsitzende*r	
Both, Markus	Stellvertretende*r Vorsitzende*r	

Verwaltungsrat		
Brügge, Dirk	Mitglied	ab 14.12.2021
Dreyer, Simone	Mitglied	
Hagen, Helma Dr.	Mitglied	
Hamacher, Lee	Mitglied	
Jestaedt, Katharina	Mitglied	
Jägers, Diane	Mitglied	

Verwaltungsrat		
Kopietz, Sebastian	Mitglied	
Kuhn, Marco Dr.	Mitglied	
Meyer-Falcke, Andreas Prof. Dr.	Mitglied	
Oberheim, Heinz Dr.	Mitglied	
Richter, Martin M.	Mitglied	bis 13.12.2021
Weike, Marion	Mitglied	bis 15.11.2021
Wohland, Andreas	Mitglied	ab 16.11.2021
Zillikens, Harald	Mitglied	
Ahajliu, Karim	stellvertretendes Mitglied	
Baumann, Bernhard Dr.	stellvertretendes Mitglied	
Brakmann, Markus Dr.	stellvertretendes Mitglied	
Brügge, Dirk	stellvertretendes Mitglied	bis 13.12.2021
Flüs, Jörg Dr.	stellvertretendes Mitglied	

Verwaltungsrat		
Friedrich, Dagmar	stellvertretendes Mitglied	
Grah, Eckhard	stellvertretendes Mitglied	
Grehling, Annekathrin	stellvertretendes Mitglied	
Happe, Andreas	stellvertretendes Mitglied	
Janke, Mike-Sebastian	stellvertretendes Mitglied	ab 14.12.2021
Keßen, Stefan	stellvertretendes Mitglied	
Klauss, Jorma	stellvertretendes Mitglied	ab 16.11.2021
Klinken Mareike	stellvertretendes Mitglied	
Köster, Petra	stellvertretendes Mitglied	
Wohland, Andreas	stellvertretendes Mitglied	bis 15.11.2021

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 41,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent überschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG existiert für die Jahre 2021 bis 2025.

3.4.1.11 NRW.Urban Kommunale Entwicklung GmbH

Basisdaten

Anschrift	NRW.Urban Kommunale Entwicklung GmbH Fritz-Vomfelde-Straße 10 40547 Düsseldorf
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	2017
Handels-/Genossen- schaftsregister	HRB 79640 Amtsgericht Düsseldorf
Internet	-

Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft übernimmt alle wesentlichen Arbeitsschritte der Baulandentwicklung für die Kommunen. Dies schließt Erwerb, Finanzierung, Planung, Bau, Vermarktung und Steuerung mit ein. NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH hat keine wirtschaftlichen Eigeninteressen. Die Mittel erhält die Gesellschaft durch das Land NRW über Finanzierungsmittel der NRW.Bank. Gleichzeitig verbleiben alle wichtigen Entscheidungen (Projektlaufzeit, Ankaufspreis Grundstücke, Art der baulichen Nutzung, Verdichtung, Erschließung, Zielgruppenfestlegung Vermarktung, Verkaufspreise usw.) bei der Kommune. Entsprechend hat die Kommune die wirtschaftliche Entscheidungs- und Steuerungsfreiheit und dazu die Chance mögliche finanzielle Überschüsse bei Projekterfolg abzuschöpfen. Mit dieser zentralen wirtschaftlichen Entscheidungs- und Steuerungshoheit innerhalb des Projektes bekommt die Kommune eine Schlüsselfunktion, die sie auch innehätte, würde sie das Projekt selber durchführen.

Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der wirtschaftlichen Betätigung gem. § 107 GO NRW sind erfüllt.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand der Gesellschaft (Gesellschaftszweck). Hiernach erbringt die Gesellschaft Dienstleistungen gegenüber den nordrhein-westfälischen Kommunen und kommunal nahestehenden Dritten, in Zusammenhang mit der Baulandentwicklung. Sie nimmt Aufgaben im Rahmen von Maßnahmen der Stadtentwicklung und Strukturpolitik, Aufbereitung, Erschließung und Verwertung von Baulandflächen sowie verwandten Geschäften wahr. Der öffentliche Zweck ist damit erfüllt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEUR)	Anteile in %
NRW.URBAN Service GmbH	259,0	86,30 %
Stadt Gladbeck	1,0	0,30 %
Stadt Gelsenkirchen	1,0	0,30 %
Gemeinde Nordwalde	1,0	0,30 %
Stadt Krefeld	1,0	0,30 %
Stadt Bochum	1,0	0,30 %
Stadt Herdecke	1,0	0,30 %
Stadt Telgte	1,0	0,30 %
Stadt Duisburg	1,0	0,30 %
Stadt Wuppertal	1,0	0,30 %
Stadt Mettmann	1,0	0,30 %
Gemeinde Rommerskirchen	1,0	0,30 %
Stadt Bornheim	1,0	0,30 %
Stadt Münster	1,0	0,30 %
KonVOY GmbH	1,0	0,30 %
Stadt Eschweiler	1,0	0,30 %
Gemeinde Lotte	1,0	0,30 %
Gemeinde Everswinkel	1,0	0,30 %
Stadt Stadtlohn	1,0	0,30 %
Stadt Rheinberg	1,0	0,30 %
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Herne mbH	1,0	0,30 %
Stadt Hamm	1,0	0,30 %

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEUR)	Anteile in %
Stadt Soest	1,0	0,30 %
Stadt Erftstadt	1,0	0,30 %
Stadt Beckum	1,0	0,30 %
Stadt Neukirchen-Vluyn	1,0	0,30 %
Stadt Meerbusch	1,0	0,30 %
Stadt Dortmund	1,0	0,30 %
Stadt Geldern	1,0	0,30 %
Gemeinde Nottuln	1,0	0,30 %
Gemeinde Westerkappeln	1,0	0,30 %
Stadt Waltrop	1,0	0,30 %
Stadt Siegen	1,0	0,30 %
Stadt Bedburg	1,0	0,30 %
Gemeinde Havixbeck	1,0	0,30 %
Stadt Overath	1,0	0,30 %
Stadt Essen	1,0	0,30 %
Stadt Schwelm	1,0	0,30 %
Stadt Jüchen	1,0	0,30 %
Gemeinde Wickede	1,0	0,30 %
Stadt Lünen	1,0	0,30 %
Stadt Emsdetten	1,0	0,30 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

S. Ziffer 3.4.1.1, Kapitel Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	0	0	-0	Eigenkapital	307	101	207
Umlaufvermögen	12.219	7.879	4.340	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	14	6	8
				Verbindlichkeiten	11.898	7.772	4.125
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	12.219	7.879	4.340	Bilanzsumme	12.219	7.879	4.340

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Bürgschaften wurden seitens der Stadt Gladbeck nicht eingegangen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR
1 Umsatzerlöse	3.526	2.718	808
2 Bestandsveränderungen	-24	56	-80
3 Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
4 Materialaufwand	-3.429	-2.716	-713
5 Abschreibungen	-0	-0	0
6 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-62	-44	-18
7 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	20	6	14
8 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-20	-6	-14
9 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3	-0	-3
10 Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	7	13	-7
11 Gewinn-/Verlustvortrag	1	-13	13
12 Einstellungen in Gewinnrücklagen	-1	-0	-1
13 Bilanzgewinn/ Bilanzverlust	7	1	6

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	2,5 %	1,3 %	1,2 %
Eigenkapitalrentabilität	2,2 %	13,2 %	-11,0 %
Anlagendeckungsgrad 2	0,0 %	6.608.451,1 %	-6.608.451,1 %
Verschuldungsgrad	3.874,7 %	7.726,4 %	-3.851,7 %
Umsatzrentabilität	0,2 %	0,5 %	-0,3 %

Personalbestand

Das Unternehmen beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter:innen.

Geschäftsentwicklung

Die Bilanzsumme der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH zum 31.12.2021 beträgt 12.219 TEUR (Vorjahr 7.879 TEUR). Die Erhöhung der Bilanzsumme resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Treuhandverbindlichkeiten von 6.551 TEUR um 4.022 TEUR auf 10.573 TEUR. Ursächlich hierfür ist insbesondere die weitere Inanspruchnahme der Mittel aus dem Kreditrahmenvertrag mit der NRW.BANK. Korrespondierend hierzu sind die unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Erstattungsansprüche gegen die Treugeber angestiegen. Das Eigenkapital beträgt 307 TEUR (Vorjahr: 101 TEUR). Dies entspricht, bezogen auf die Bilanzsumme, einer Eigenkapitalquote von rund 3 %. Der in der Bilanz ausgewiesene Bilanzgewinn in Höhe von 6.671 EUR (Vorjahr: 600 EUR) beinhaltet einen Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 600 EUR sowie Einstellungen in die satzungsmäßigen Rücklagen in Höhe von 675 EUR.

Chancen und Risiken:

Durch das attraktive Geschäftsmodell des Gesellschafterbeitritts und des ungebrochen großen Interesses der kommunalen Akteure an einem Gesellschaftsbeitritt, besteht die Chance auf Beauftragung mit weiteren Projekten. Zudem wird durch die Aufnahme weiterer Gesellschafter:innen der Kreis der potentiellen Auftraggeber:innen für weitere Projekte dauerhaft erhöht. Die zur Hebung dieser Chancen zusätzlich erforderlichen Ressourcen kann die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH flexibel über ihren Geschäftsbesorger zuführen. Die Ertragslage der Gesellschaft kann sich hierdurch nachhaltig verbessern.

Die anhaltende Corona-Lage und die dadurch verursachte eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Kommunen können weitere zeitliche Verzögerungen im Projektablauf hervorrufen. Auf Grund des Geschäftsmodells bestehen dadurch keine grundlegenden Projektrealisierungsrisiken, sondern lediglich Risiken auf zeitverzögerte Umsätze im Einzelfall. Weitere Risiken werden aktuell nicht gesehen. Insgesamt wirken sich die Risiken nur mittelbar auf den Geschäftsverlauf der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH aus.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Brockmeyer, Henk	Geschäftsführer*in	ab 01.01.2021

Geschäftsführung		
Kloidt, Ludger	Geschäftsführer*in	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Für diese Beteiligung ist kein Aufsichtsgremium vorgesehen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal, daher wird kein Gleichstellungsplan erstellt.

3.4.1.12 GAFÖG Arbeitsförderungsgesellschaft gemeinnützige GmbH

Basisdaten

Anschrift	GAFÖG Arbeitsförderungsgesellschaft gemeinnützige GmbH Kurt-Schumacher-Straße 313 45897 Gelsenkirchen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1992
Handels-/Genossen- schaftsregister	HRB 3060 Amtsgericht Gelsenkirchen
Internet	www.gafoeg.de

Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung und Hilfe für Jugendliche und ältere Arbeitslose, Arbeitslose, bei denen besondere soziale und/oder gesundheitliche Schwierigkeiten der Teilnahme am Erwerbsleben entgegenstehen, Arbeitslose mit Behinderungen und Langzeitarbeitslose mit schlechten Eingangsvoraussetzungen am Arbeitsmarkt. Der Gegenstand wird verwirklicht durch sozialpädagogische Betreuung und fachliche Qualifizierung. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört auch die Schuldner- und Suchtberatung sowie die Jugendhilfe.

Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der wirtschaftlichen Betätigung gem. § 107 GO NRW sind erfüllt.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (Gesellschaftszweck). Hiernach ist die GAFÖG ein Unternehmen der sozialen Betreuung, insbesondere der Arbeitsplatzbeschaffung mit der Zielsetzung der Wiederheranführung der betroffenen Personengruppen an den allgemeinen Arbeitsmarkt. Durch diese Aufgaben werden Leistungen der Daseinsvorsorge erbracht. Damit wird der öffentliche Zweck erfüllt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEUR)	Anteile in %
Stadt Gelsenkirchen	23,4	28,13 %
GAFÖG (Anteile Bautech,Arnholdt,Salzgitter Stahlhand.,GGG Düsing GmbH&Co.KG,Spinnrad Vers.hand.GmbH)	20,8	25,00 %
Stadt Bottrop	10,4	12,50 %
Stadt Gladbeck	7,8	9,38 %
Häusliche Humane Krankenpflege GmbH	2,6	3,13 %
Storck Baugesellschaft mbH	2,6	3,13 %
Waffelfabrik Oexmann GmbH & Co. KG	2,6	3,13 %
Pilkington Deutschland AG	2,6	3,13 %
Hermann Liesenklas GmbH & Co. KG	2,6	3,13 %
IBK Wieseahn GmbH	2,6	3,13 %
Seibel & Weyer, Innenausbau GmbH	2,6	3,13 %
MC-Bauchemie Müller GmbH & Co. KG	2,6	3,13 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

S. Ziffer 3.4.1.1, Kapitel Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	644	849	-205	Eigenkapital	2.253	2.553	-300
Umlaufvermögen	2.631	2.969	-338	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	385	511	-126
				Verbindlichkeiten	646	761	-115
Aktive Rechnungsabgrenzungen	9	8	1	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	3.284	3.826	-542	Bilanzsumme	3.284	3.826	-542

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Bürgschaften wurden seitens der Stadt Gladbeck nicht eingegangen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR
1 Umsatzerlöse	9.631	10.244	-614
2 Bestandsveränderungen	-3	-146	143
3 Sonstige betriebliche Erträge	5.002	4.983	19
4 Materialaufwand	-2.520	-2.871	352
5 Personalaufwand	-10.199	-10.158	-41
6 Abschreibungen	-201	-211	10
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.002	-2.202	200
8 sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	-0
9 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3	-5	2
10 Ergebnis nach Steuern	-295	-366	71
11 Sonstige Steuern	-5	-6	1
12 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-300	-372	72

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	68,6 %	66,7 %	1,9 %
Eigenkapitalrentabilität	-13,3 %	-14,6 %	1,2 %
Anlagendeckungsgrad 2	381,3 %	329,2 %	52,1 %
Verschuldungsgrad	45,7 %	49,8 %	-4,1 %
Umsatzrentabilität	-3,1 %	-3,6 %	0,5 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 375 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 380) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Verlust in Höhe von 300 TEUR ab. Das Vorjahr wurde mit einem Verlust in Höhe von 372 TEUR abgeschlossen.

Das weiterhin negative Ergebnis ist auf die andauernde Corona-Krise zurückzuführen und hängt damit zusammen, dass verschiedene Maßnahmen nicht, oder nicht in gewohnter Form fortgeführt werden konnten. Außerdem ist durch die nach wie vor nur eingeschränkt geöffneten Arbeitsagenturen und Jobcenter das Geschäft mit Bildungsgutscheinen stark zurückgegangen. Auch das Ausschreibungsgeschäft ist in der Krise schwieriger geworden und GAFÖG ist es im Berichtsjahr nicht gelungen, in gewohntem Maße Ausschreibungen zu gewinnen. Einerseits bedingt durch die nach wie vor bestehende Zurückhaltung der öffentlichen Auftraggeber:innen und andererseits durch eine sich massiv verschärfende Wettbewerbssituation. Schlussendlich haben aber auch direkte Corona-Kosten und die erheblich gestiegenen Energiepreise zum negativen Ergebnis beigetragen. Hier sind aufzuführen zusätzliche Kosten, die im Rahmen der alternativen Durchführung von Maßnahmen bzw. Einrichtung von Home-Office Arbeitsplätzen entstanden sind (IT-Ausstattung, zusätzliches Lehrmaterial etc.), aber auch erhebliche Kosten, die durch die Beschaffung von Corona-Tests, Masken, Desinfektionsmittel, Handschuhen, Plexiglasscheiben etc. entstanden sind.

Im November 2021 kam es zudem zu einem massiven Hackerangriff auf die Serverstrukturen der GAFÖG, der insgesamt betrachtet aber gut abgewehrt werden konnte. Gleichwohl war es nicht zuletzt aus diesem Grunde zwingend erforderlich, zusätzlich in IT-Sicherheitstechnologie zu investieren. Die insoweit entstandenen Kosten belaufen sich auf ca. 40 TEUR.

Die Liquidität war trotz Krise zu jedem Zeitpunkt gesichert. Zinsgünstige KfW-Kredite oder andere externe Unterstützung zur Sicherung der Liquidität brauchten nicht in Anspruch genommen werden. Die getätigten Investitionen stellen sicher, dass die Ausstattung der Räume und Werkstätten sowohl dem Stand der Technik als auch den Vorgaben und Vorschriften der überwiegend öffentlichen Auftraggeber:innen entspricht.

Das Eigenkapital der Gesellschaft wird für das Jahr 2021 mit 2.253 TEUR (Vorjahr 2.553 TEUR) ausgewiesen.

Die Bilanzsumme hat sich um 542 TEUR auf 3.284 TEUR verringert. Ursächlich dafür sind die Verminderung der Rückstellungen und der Jahresfehlbetrag. Die gebildeten Rückstellungen dienen im Wesentlichen der Abdeckung ungewisser Verbindlichkeiten, drohender Verluste aus schwebenden Geschäften bzw. Gerichtsverfahren oder etwaiger Rückforderungen aus abgeschlossenen Arbeitsmarktprojekten.

Chancen und Risiken:

Aufgrund der nicht absehbaren Folgen der Pandemie und des Ukraine-Krieges und der nicht zuletzt damit in Verbindung stehenden Inflation und Energiekrise zeichnet sich derzeit ab, dass es zu weiteren massiven Auswirkungen auf GAFÖG kommen wird und zwar weit über das Jahr 2022 hinaus. Es stellt sich somit die Frage, ob in Zukunft für Arbeitsmarktdienstleistungen noch

genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen und ob sich GAFÖG im Ausschreibungsgeschäft erfolgreich behaupten kann.

Dringender denn je besteht daher für GAFÖG die Notwendigkeit, sich von defizitären Teilbereichen zu trennen und Überkapazitäten im Werkstattbereich abzubauen.

Darüber hinaus besteht eine immer größere Gefahr, dass Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen persönlich von den Krisen betroffen sein könnten und dadurch ggf. die Leistungsfähigkeit teilweise oder ganz unterbrochen wird. Außerdem müssen die psychologischen Aspekte der Krisen auch auf die Mitarbeiterschaft realistisch eingeschätzt werden. Die psychischen und physischen Belastungen für die Mitarbeitenden sind während der beiden letzten Jahre massiv angestiegen, so dass mit erheblichen Folgen, auch im Hinblick auf langfristige Ausfälle, zu rechnen ist.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Substanz, des breit gefächerten Produktportfolios sowie der Leistungs- und Innovationsfähigkeit wird aber eine gute Chance gesehen, die Krise(n) auch weiterhin zu überstehen und für die Bewältigung der künftigen Herausforderungen und Aufgaben gut gerüstet zu sein. Das Unternehmen ist der festen Überzeugung, dass Berufsbildungsträger und Arbeitsmarktdienstleister wie die GAFÖG in und nach der Krise dringender benötigt werden denn je zuvor.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Gebel, Folker	Geschäftsführer*in	

Beirat		
Grütering, Michael	Vorsitzende*r	
Pippig, Gerhard Dr.	Stellvertretende*r Vorsitzende*r	
Braczko, Claudia	Mitglied	bis 18.11.2021
Buschfeld, Matthias	Mitglied	

Beirat		
Carlitscheck, Eva	Mitglied	
Gebhard, Heike	Mitglied	
Gärtner, Stefan Dr.	Mitglied	ab 07.01.2021
Hampel, Hans	Mitglied	
Heisig, Dieter	Mitglied	bis 27.07.2021
Röckmann, Antje	Mitglied	ab 28.07.2021
Schwarz, Andreas	Mitglied	ab 19.11.2021
Streich, Egbert	Mitglied	
Öner, Atilla S.	Mitglied	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 27,3 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan wird nicht geführt.

3.4.1.13 Zentraler Betriebshof Gladbeck

Basisdaten

Anschrift	Zentraler Betriebshof Gladbeck Wilhelmstraße 61 45964 Gladbeck
Rechtsform	eigenbetriebsähnliche Einrichtung
Gründungsjahr	01.01.2001
Handels-/Genossen- schaftsregister	-
Internet	www.zb-gladbeck.de

Zweck der Beteiligung

Ab dem 01.01.2001 wird der Betriebshof der Stadt Gladbeck mit den Aufgaben Abfallwirtschaft, Straßenreinigung, Fuhrpark/Dienstleistungen und Duales System als eigenbetriebsähnliche Einrichtung geführt. Seit dem 01.01.2002 ist die Grünflächenunterhaltung einschließlich des Friedhofs- und Bestattungswesens als weiterer Aufgabenbereich in den Betrieb eingegliedert.

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung ist ein Betrieb in der Rechtsform des öffentlichen Rechts ohne eigene Rechtspersönlichkeit und führt den Namen „Zentraler Betriebshof Gladbeck (ZBG)“.

Die Aufgaben des ZBG sind

- die Abfallentsorgung,
- die Abfallverwertung,
- die Stadtreinigung und der Winterdienst,
- der Betrieb des städtischen Fuhrparks, soweit er den Aufgaben des ZBG dient,
- verschiedene, zentrale betriebliche Dienste für die Stadtverwaltung Gladbeck,
- die Unterhaltung der städtischen Grünanlagen, Wälder, Parkgewässer, Tiergehege, Spielplätze und Sportanlagen, Klein- und Stadtgärten (einschließlich Fachaufsicht der Selbstverwaltung) sowie die Vermietung von Stadtgartenhäusern,
- die Unterhaltung der städtischen Friedhöfe und Ehrengräber, Durchführung des Bestattungsbetriebes, Wahrnehmung des Bestattungswesens,

- die Durchführung (Vollzug) der Grünflächensatzung, Friedhofssatzung und Baumschutzsatzung und
- alle den Betriebszweck fördernden Geschäfte.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus der Wahrnehmung der dem ZBG überführten Aufgaben. Mit der Erledigung dieser Aufgaben werden Leistungen der Daseinsvorsorge erbracht und somit der öffentliche Zweck erfüllt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEUR)	Anteile in %
Stadt Gladbeck	26,0	100,00 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der ZBG hat im Berichtsjahr Erträge von 19,3 Mio. Euro für die Unterhaltung des städtischen Infrastrukturvermögens, sowie für Dienstleistungen im Rahmen der Daseinsfürsorge erhalten; darin enthalten sind mit einem Teilbetrag von 11,5 Mio. Euro die vereinnahmten Abfallbeseitigungs- und Straßenreinigungsgebühren, die von der Stadt veranlagt und dem ZBG weitergeleitet werden. Dem gegenüber standen Aufwendungen an die Stadt von 1,5 Mio. Euro u.a. aus Verwaltungskostenerstattungen (594 TEUR) sowie Energiekostenerstattungen (158 TEUR) und Nutzungsentgelten (293 TEUR) für die Friedhöfe und das Fuhrparkgebäude.

Der ZBG hat rund 12 TEUR im Rahmen der Abfallentsorgung von der GWG vereinnahmt.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	9.741	10.411	-670	Eigenkapital	2.971	3.021	-49
Umlaufvermögen	5.134	5.019	115	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	1.571	1.342	230
				Verbindlichkeiten	10.355	11.088	-733
Aktive Rechnungsabgrenzungen	23	21	3	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	14.898	15.450	-552	Bilanzsumme	14.898	15.450	-552

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Bürgschaften wurden seitens der Stadt Gladbeck nicht eingegangen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR
1 Umsatzerlöse	20.816	20.079	737
2 Sonstige betriebliche Erträge	219	191	28
3 Materialaufwand	-6.346	-6.120	-226
4 Personalaufwand	-10.737	-10.483	-254
5 Abschreibungen	-1.516	-1.239	-278
6 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.318	-1.985	-333
7 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-76	-82	6
8 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-60	-7	-53
9 Ergebnis nach Steuern	-19	355	-373
10 Sonstige Steuern	-30	-29	-1
11 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-49	325	-374

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	19,9 %	19,5 %	0,4 %
Eigenkapitalrentabilität	-1,7 %	10,8 %	-12,4 %
Anlagendeckungsgrad 2	111,3 %	105,7 %	5,6 %
Verschuldungsgrad	401,4 %	411,5 %	-10,1 %
Umsatzrentabilität	-0,2 %	1,6 %	-1,9 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 236 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 236) für den Betrieb tätig.

Geschäftsentwicklung

Der Geschäftsverlauf entwickelte sich im Wirtschaftsjahr schlechter als geplant. Bei einem geplanten Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 26 TEUR (ursprüngliche Planung: 341 TEUR; im Rahmen der anschließenden Wirtschaftsplanberatungen wurde von einer Änderung der Friedhofsgebührensatzung Abstand genommen) wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -49 TEUR erzielt. Das Gesamtergebnis wird von den negativen Ergebnissen in den Fachbereichen Abfallbeseitigung, Straßenreinigung sowie in der Grünflächenunterhaltung getragen. Diese überwiegen die positiven Ergebnisse in den Fachbereichen Abfallverwertung, Sonderleistungen, Fuhrpark und Dienstleistungen sowie im Bestattungswesen.

Das Eigenkapital verminderte sich im Umfang des Jahresfehlbetrags um - 49 TEUR von 3.020 TEUR auf 2.971 TEUR.

Der ZBG war 2021 jederzeit in der Lage, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die flüssigen Mittel erhöhten sich infolge der deutlich günstigeren Erlössituation auf dem Altpapiermarkt und dem daraus resultierenden Zufluss liquider Mittel gegenüber dem Vorjahr von rd. 4.082 TEUR um rd. 356 TEUR auf rd. 4.438 TEUR (Stichtag jeweils: 31.12.).

Die Summe der Verbindlichkeiten verringerte sich von 11.088 TEUR um 733 TEUR auf 10.355 TEUR, in der Hauptsache durch die planmäßigen Tilgungsleistungen auf aufgenommene Darlehen.

Chancen und Risiken:

Als wesentliche Risiken für den ZBG werden u.a. gesehen:

- Der Verlust der Aufträge zur Entsorgung von PPK-Verkaufsverpackungen für die verschiedenen Dualen Systeme sowie der Wegfall oder eine starke Reduzierung der Kostenbeteiligung an Abfallberatung und Stellflächen von Sammelgroßbehältnissen (Altglascontainer) bzw. der Zusammenbruch der Dualen Systeme und der Wegfall der entsprechenden Kostenbeteiligungen.
- Außergewöhnliche Beschädigungen des Baumbestandes durch Witterungsunbilden, Insektenbefall oder Krankheiten in Folge des Klimawandels - verbunden mit hohen Aufwendungen für die Verkehrssicherung.
- Ein weiterer Rückgang der Bestattungen auf den städtischen Friedhöfen und / oder eine Veränderung der Bestattungskultur sowie eine Aufhebung des Friedhofszwangs.
- Die Auswirkungen von Epidemien und Pandemien, insbesondere auf das einsetzbare Personal.
- Ein (deutlicher) Anstieg der Kreditmarktzinsen. Eine Abkehr von der derzeitigen 0-Zins-Politik könnte den zu leistenden Kapitaldienst signifikant verteuern.

Nach Einschätzung der Betriebsleitung sind derzeit keine Risiken zu erkennen, die den Bestand des ZBG gefährden könnten.

Der russische Überfall auf die Ukraine, die mit diesem Krieg verbundenen Unsicherheiten in der Energieversorgung, sowie die beträchtliche Teuerung, insbesondere bei Energie, dürften sich negativ auf die Ertragslage des ZBG auswirken. Aufgrund der außergewöhnlichen hohen Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lage können sich wesentliche, über die üblichen Geschäftsrisiken hinausgehende Risiken ergeben.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt:

Zwischen der Stadt Gladbeck und dem ZBG bestehen verschiedene Leistungs- und Zahlungsbeziehungen. So leitet die Stadt Gladbeck z.B. die nach Kommunalabgabengesetz (KAG) erhobenen Gebühren für die Abfallbeseitigung und die Straßenreinigung an den ZBG weiter. Ebenso trägt sie die Kosten der Grünunterhaltung. Im Gegenzug leistet der ZBG Verwaltungsbeiträge für die Inanspruchnahme städtischer Leistungen. Da für das Jahr 2021 keine Leistungsvereinbarung geschlossen worden ist, wurden auf der Basis des Haushaltsplanentwurfs 2021 vorläufige Zahlungen geleistet.

Organe und deren Zusammensetzung

Betriebsleitung		
Fenner, Hannah-Stefanie	Erste*r Betriebsleiter*in	ab 01.08.2021
Vollmer, Heinrich	Erste*r Betriebsleiter*in	bis 30.06.2021
Hilgner, René	Zweite*r Betriebsleiter*in	

Betriebsausschuss		
Namyslo, Ulrich	Vorsitzende*r	
Banski, Cornelia	Mitglied	bis 09.12.2021
Borgwerth, Bernd	Mitglied	
Böhler, Herbert	Mitglied	

Betriebsausschuss		
Euler, Philipp	Mitglied	ab 09.12.2021
Gräber, Marco	Mitglied	
Kretschmer, Klaus	Mitglied	
Kropf, Christopher	Mitglied	
Musiol, Volker	Mitglied	
Neumann, Dennis	Mitglied	
Sahin, Hasan	Mitglied	
Trostmann, Mark André	Mitglied	
Weijers, Thomas	Mitglied	
Wischnewski, Kathrin Elisabeth	Mitglied	
Zurhausen, Maurice	Mitglied	

Gemäß § 3 der Betriebssatzung werden organschaftliche Rechte nicht durch den Betriebsausschuss, sondern durch den Rat wahrgenommen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Für den Betriebsausschuss entfällt der 40-prozentige Frauenanteil nach § 12 Abs. 1 LGG, da dies für einen Ausschuss, der unmittelbar aus einer Volkswahl hervorgegangen ist, nach § 12 Abs. 2 Satz 5 LGG ausgenommen ist.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2019 bis 2023 erstellt.

3.4.1.14 Gemeinsame Kommunale Datenzentrale Recklinghausen

Basisdaten

Anschrift	Gemeinsame Kommunale Datenzentrale Recklinghausen Castroper Str. 30 45665 Recklinghausen
Rechtsform	Zweckverband
Gründungsjahr	1975
Handels-/Genossenschaftsregister	-
Internet	www.gkd-re.de

Zweck der Beteiligung

Der GKD obliegt die umfassende Unterstützung der Verbandsmitglieder in allen Belangen der Informations- und Kommunikationstechnik (IT) im Rahmen eines Organisations-, Beratungs-, Qualifizierungs-, Software- und Produktionsverbundes. Der Zweckverband kann seine Dienstleistungen und Produkte außer den Verbandsmitgliedern auch sonstigen Benutzern zur Verfügung stellen, soweit dadurch die Erfüllung seiner Aufgaben gegenüber den Verbandsmitgliedern nicht beeinträchtigt wird und dieser Geschäftsbereich keine überwiegende Bedeutung erhält.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweckverband wurde zur Erledigung gemeinsamer öffentlicher Aufgaben gegründet. Die öffentliche Zwecksetzung ist in der Verbandssatzung geregelt. Grundlage der Satzung ist das Gesetz über Kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 01.10.1979.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Amtliche Einwohnerzahlen	Anteile in %
Kreis Recklinghausen	184.241	28,24 %
Stadt Recklinghausen	111.397	17,07 %
Stadt Gladbeck	75.610	11,59 %
Stadt Dorsten	74.704	11,45 %
Stadt Castrop-Rauxel	73.343	11,24 %
Stadt Haltern am See	37.850	5,80 %
Stadt Datteln	34.596	5,30 %
Stadt Oer-Erkenschwick	31.421	4,82 %
Stadt Waltrop	29.328	4,49 %

Die Anteilsverhältnisse richten sich nach der jeweiligen Einwohnerzahl.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

S. Ziffer 3.4.1.1, Kapitel Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	4.885	4.913	-28	Eigenkapital	3.207	2.014	1.193
Umlaufvermögen	10.251	9.626	625	Sonderposten	123	22	101
				Rückstellungen	11.153	10.813	340
				Verbindlichkeiten	1.433	2.588	-1.155
Aktive Rechnungsabgrenzungen	1.027	1.084	-57	Passive Rechnungsabgrenzungen	247	186	61
Bilanzsumme	16.163	15.623	540	Bilanzsumme	16.163	15.623	540

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Bürgschaften wurden seitens der Stadt Gladbeck nicht eingegangen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR
1 Umsatzerlöse	24.679	20.100	4.579
2 Sonstige betriebliche Erträge	667	512	155
3 Materialaufwand	-11.092	-7.755	-3.336
4 Personalaufwand	-7.743	-7.198	-544
5 Abschreibungen	-1.215	-1.070	-144
6 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.816	-4.171	355
9 Steuern vom Einkommen und Ertrag	1	-4	5
10 Ergebnis nach Steuern	1.481	412	1.069
11 Sonstige Steuern	27	46	-18
12 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.509	458	1.051

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	19,8 %	12,9 %	6,9 %
Eigenkapitalrentabilität	47,0 %	22,7 %	24,3 %
Anlagendeckungsgrad 2	272,3 %	240,6 %	31,7 %
Verschuldungsgrad	400,1 %	674,5 %	-274,4 %
Umsatzrentabilität	6,1 %	2,3 %	3,8 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 97 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 92) für den Zweckverband tätig.

Geschäftsentwicklung

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2021 beträgt 1.509 TEUR. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrages in Höhe von 299 TEUR beträgt der Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2021 1.807 TEUR. Der Geschäftsführer schlägt vor, vom Bilanzgewinn in Höhe von 1.807 TEUR einen Betrag in Höhe von 1.322 TEUR an die Mitglieder des Zweckverbandes zurückzuzahlen, 100 TEUR in die Gewinnrücklage einzustellen sowie 386 TEUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Das Eigenkapital hat sich um 1.193 TEUR auf 3.207 TEUR erhöht, im Gegensatz zu den Verbindlichkeiten, welche von 2.588 TEUR im Vorjahr auf 1.433 TEUR gesunken sind.

Chancen und Risiken:

Die Digitalisierung von Staat und Verwaltung ist ein vordringliches Ziel der Politik auf allen föderalen Ebenen. Die GKD Recklinghausen besetzt dieses Thema als öffentlicher IT-Dienstleister bereits seit vielen Jahren. Durch den steigenden Umsetzungsdruck ist derzeit eine stark gestiegene Nachfrage für insbesondere die elektronische Aktenführung und die Abbildung von Verwaltungsprozessen in Online-Angeboten zu verzeichnen. Darüber hinaus bietet sich die Chance ein professionelles Management für die IT-Infrastruktur der Schulen aufzubauen.

Ein Risiko für die GKD Recklinghausen ist nach wie vor die angespannte Finanzsituation der Trägerverwaltungen des Zweckverbandes. Diese kann zu verringerten Sonderaufträgen und dementsprechend zu sinkenden Einnahmen aus Sonderleistungen führen. Im schlimmsten Fall kann es zu der Kündigung einzelner EVB-IT-Verträge kommen. Auf Grund des Ukraine-Russland-Krieges ist zudem von weiter steigenden Kosten, insbesondere für Energie, auszugehen, die die kommunalen Haushalte, wie auch unmittelbar den Haushalt der GKD Recklinghausen belasten. Die Gewinnung hoch qualifizierter Mitarbeiter:innen wird auf Grund des Mangels an IT-Fachkräften in Zukunft schwieriger. Die Steigerung der Attraktivität der GKD Recklinghausen als Arbeitgeber stellt in diesem Zusammenhang eine Herausforderung für die nächsten Jahre dar.

Als IT-Dienstleister und Rechenzentrums-Betreiber ist die GKD Recklinghausen permanent IT-Sicherheitsrisiken ausgesetzt. Die GKD Recklinghausen arbeitet weiterhin daran, den Sicherheitsstandard des Rechenzentrums auszubauen und ein übergreifendes Informationssicherheits-Management-System aufzubauen. Vor dem Hintergrund vermehrter Cyberangriffe auf Kommunalverwaltungen muss weiter in die Informationssicherheit der GKD Recklinghausen und des Zweckverbandes investiert werden.

Nach Abwägung der Chancen und Risiken beurteilt die Geschäftsführung die Lage der GKD Recklinghausen als stabil und geht auch in den kommenden Jahren von einer positiven Entwicklung aus. Es sind keine Risiken ersichtlich, die die Entwicklung des Zweckverbandes gefährden.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt:

Die GKD finanziert sich durch Umlagen der Verbandsmitglieder, die sich an den Einwohnerzahlen sowie dem Umfang der in Anspruch genommenen Leistungen orientieren.

Auf die Stadt Gladbeck entfielen im Haushaltsjahr 2021 Zahlungen von insgesamt 1.206 TEUR.

Weist das Jahresergebnis der GKD Überschüsse aus, fließen diese als Gewinnausschüttungen an die Verbandsmitglieder zurück, sofern sie nicht ganz oder teilweise thesauriert werden.

Im Haushaltsjahr 2021 betrugen die Rückzahlungen an die Stadt Gladbeck insgesamt 72 TEUR.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsvorsteher		
Kravanja, Rajko	Verbandsvorsteher	

Geschäftsführung		
Kuhn, Sören	Geschäftsführer*in	

Verbandsrat		
Kravanja, Rajko	Vorsitzende*r	
Klimpel, Bodo	1. Stellvertretende*r Vorsitzende*r	
Stegemann, Andreas	2. Stellvertretende*r Vorsitzende*r	
Franke, Dirk	Mitglied	bis 06.10.2021
Grunwald, Ekkehard	Mitglied	

Verbandsrat		
Lohse, Holger	Mitglied	
Mittelbach, Marcel	Mitglied	
Schnettger, Heinz	Mitglied	
Weist, Bettina	Mitglied	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehört von den insgesamt 19 Mitgliedern eine Frau an (Frauenanteil: 5,3 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Gemäß §§ 5, 6 und 8 der Satzung sind folgende Organe als Überwachungsorgan zuständig:

- die Verbandsversammlung
- der Verbandsrat
- der Verbandsvorsteher.

Die Verbandsversammlung besteht aus den entsandten Vertreterinnen und Vertreter der Verbandsmitglieder. Dem Verbandsrat gehören alle Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamten aller Verbandsmitglieder oder jeweils benannte Vertreter an.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Der gemäß § 5 Landesgleichstellungsgesetz (LGG) aufgestellte Frauenförderplan für die Gemeinsame Kommunale Datenzentrale Recklinghausen wurde am 26.09.2022 durch die Verbandsversammlung mit einer Dauer von fünf Jahren bis 2027 fortgeschrieben.

3.4.1.15 Stadtparkasse Gladbeck

Basisdaten

Anschrift	Stadtparkasse Gladbeck Friedrich-Ebert-Straße 2 45964 Gladbeck
Rechtsform	Anstalt des öffentlichen Rechts
Gründungsjahr	1905
Handels-/Genossen- schaftsregister	HR A2178 Amtsgericht Gelsenkirchen
Internet	www.sparkasse-gladbeck.de

Zweck der Beteiligung

Die Stadtparkasse Gladbeck ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft, insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers (Stadt Gladbeck) zu dienen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Stadtparkasse Gladbeck zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze der geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalens in der Fassung vom 01.07.2014 nennt in § 2 den Zweck und den öffentlichen Auftrag der 1905 gegründeten Anstalt des öffentlichen Rechts:

- Die Sparkassen haben die Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen.
- Die Sparkassen stärken den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördern die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch in allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung. Sie versorgen im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Die Sparkassen tragen zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei.

- Die Sparkassen führen ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.
- Die Sparkassen dürfen im Rahmen dieses Gesetzes und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte betreiben.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEUR)	Anteile in %
Stadt Gladbeck	0,0	100,00 %

Das Eigenkapital der Sparkasse Gladbeck beinhaltet kein Stammkapital, sondern besteht ausschließlich aus Gewinnrücklagen und den jeweiligen Jahresgewinnen. Insofern wird in der obigen Tabelle ein Anteil am Stammkapital in Höhe von 0 EUR ausgewiesen.

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEUR)	Anteile in %
S-UBG-Sparkassen-Unternehmensbeteiligungsgesellschaft Ruhrgebiet, Emscher-Lippe Region mbH	312,0	30,00 %

Die weiteren Beteiligungen der Sparkasse Gladbeck sind dem Kapitel 3 „Das Beteiligungsportfolio der Stadt Gladbeck“ zu entnehmen.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

S. Ziffer 3.4.1.1, Kapitel Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Aktiva

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR
1 Barreserve	59.530	55.973	3.556
2 Forderungen an Kreditinstitute	58.756	47.848	10.908
3 Forderungen an Kunden	642.702	629.375	13.327
4 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	66.382	64.737	1.645
5 Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	80.670	68.546	12.125
6 Beteiligungen	13.266	13.302	-36
7 Treuhandvermögen	3.107	2.545	562
8 Immaterielle Anlagewerte	7	18	-11
9 Sachanlagen	4.081	4.381	-300
10 Sonstige Vermögensgegenstände	1.010	1.525	-515
11 Rechnungsabgrenzungsposten	79	109	-30
AKTIVA	929.590	888.359	41.231

Passiva

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR
1 Verbindlichkeiten ggü. Kreditinsti- tuten	107.405	99.508	7.896
2 Verbindlichkeiten ggü. Kunden	708.163	681.537	26.626
3 Treuhandverbindlichkeiten	3.107	2.545	562
4 Sonstige Verbindlichkeiten	679	621	58
5 Rechnungsabgrenzungsposten	160	173	-12
6 Rückstellungen	20.294	17.414	2.880
7 Fonds für allgemeine Bankrisiken	43.270	40.450	2.820
8 Eigenkapital	46.512	46.111	401
PASSIVA	929.590	888.359	41.231

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Bürgschaften wurden seitens der Stadt Gladbeck nicht eingegangen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR
1 Zinserträge	15.444	16.842	-1.398
2 Zinsaufwendungen	-4.219	-4.928	709
3 Laufende Erträge	964	1.423	-459
4 Provisionserträge	8.737	8.360	376
5 Provisionsaufwendungen	-499	-472	-27
6 Sonstige betriebliche Erträge	490	563	-73
7 Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-16.029	-16.435	405
8 Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-409	-584	175
9 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-228	-321	94
11 Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen/ Wertpapieren sowie aus der Auflö. von Rückstell. im Kreditgeschäft	1.322	589	733
12 Abschreibungen/ Wertberichtigungen auf Beteiligungen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	0	-7	7
13 Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	152	0	152
14 Aufwendungen aus Verlustübernahme	-3	-6	3
15 Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-2.820	-3.780	960
16 Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	2.903	1.245	1.659
17 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.419	-1.038	-1.381
18 Sonstige Steuern	-84	-80	-3
19 Jahresüberschuss	401	127	274

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
Eigenkapitalquote	k.A.	k.A.	k.A.
Eigenkapitalrentabilität	k.A.	k.A.	k.A.
Anlagendeckungsgrad 2	k.A.	k.A.	k.A.
Verschuldungsgrad	k.A.	k.A.	k.A.
Umsatzrentabilität	k.A.	k.A.	k.A.

Auf die Darstellung der vorgegeben Kennzahlen wird bei der Stadtparkasse Gladbeck aufgrund der unterschiedlichen Bilanzstruktur verzichtet.

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 159 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 168) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2021 erhöhte sich die Bilanzsumme von 888,4 Mio. EUR auf 929,6 Mio. EUR. Gründe für die Steigerung sind hohe Mittelzuflüsse in die kurzfristigen Passiva. Die Planung sah einen Anstieg der Bilanzsumme um rund 12,7 Mio. EUR vor. Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhen sich von 47,8 Mio. EUR auf 58,8 Mio. EUR. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven, bei Vermeidung einer Negativverzinsung, zusammen, um den Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kund:innen zu kompensieren. Die Forderungen an Kund:innen erhöhten sich von 631,9 Mio. EUR auf 645,8 Mio. EUR. Das Wachstum der Forderungen an Kund:innen vollzog sich fast ausschließlich im langfristigen Bereich. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhen sich von 102,1 Mio. EUR auf 110,5 Mio. EUR. Die Zunahme ist auf gestiegene Weiterleitungsmittel zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kund:innen erhöhten sich um 26,7 Mio. EUR bzw. 3,9 % auf 708,2 Mio. EUR stärker als in der Planung mit ca. 19 Mio. EUR erwartet. Vor dem Hintergrund der unklaren wirtschaftlichen Entwicklung sowie des weiterhin niedrigen Zinsniveaus wählten die Kund:innen der Sparkasse Gladbeck vorwiegend liquide Anlageformen. Die Zunahme des Mittelauflommens von Kund:innen resultiert aus der Steigerung der Sichteinlagen von 436,1 Mio. EUR auf 475,8 Mio. EUR. Damit machen die Sichteinlagen nunmehr 51,18 % der Bilanzsumme aus.

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die vollständige Zuführung des Bilanzgewinns 2020. Über die Verwendung des Bilanzgewinns aus dem Geschäftsjahr 2020 in Höhe von 0,1 Mio. EUR hat der Träger am 07. Oktober 2021 entschieden. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2021 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 46,5 Mio. EUR (Vorjahr 46,1 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere aufsichtsrechtliche Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine zusätzliche Vorsorge von 2,8 Mio. EUR auf 43,3 Mio. EUR erhöht. Zum Bilanzstichtag verfügt die Sparkasse Gladbeck über eine gute Eigenmittelbasis.

Auf Grundlage der Kapitalplanung bis zum Jahr 2026 ist eine ausreichende Kapitalbasis für die Umsetzung der Geschäftsstrategie vorhanden.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung beträgt 0,63 % (Vorjahr 0,69 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2021. Damit liegt das Betriebsergebnis unter dem Niveau des Vorjahres, aber oberhalb der Planung von 0,55 %.

Chancen und Risiken:

Die Sparkasse Gladbeck verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikomanagement und -controlling der Sparkasse können frühzeitig die wesentlichen Risiken identifiziert und gesteuert sowie Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden. Im Jahr 2021 bewegten sich die Risiken jederzeit innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Das Gesamtbanklimit war am Bilanzstichtag mit 56,71 % ausgelastet. Die Risikotragfähigkeit war und ist in der periodenorientierten Risikotragfähigkeit derzeit gegeben.

Auf Basis der durchgeführten Kapitalplanung vom 30. September 2021 steht bei den bestehenden Eigenmittelanforderungen bis zum Ende des Planungshorizonts ausreichend freies Kapital für die Risikotragfähigkeitsrechnung zur Verfügung.

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar. Risiken der künftigen Entwicklung bestehen im Hinblick auf die Auswirkungen der Ausbreitung der Covid-19-Krise sowie auf die weiter zunehmende Regulatorik sowie die Ergebnisbelastungen infolge der anhaltenden Niedrigzinsphase. Insgesamt wird die Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen beurteilt.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt:

Eine Ausschüttung ist an die Stadt Gladbeck für das Geschäftsjahr 2020, Berücksichtigung im Haushalt 2021, nicht erfolgt.

Haushaltsjahr	2017	2018	2019	2020	2021
Nettodividende	634	610	0	0	0

Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass Ansprüche der Sparkasse gegen den Träger oder sonstige Verpflichtungen des Trägers nicht bestehen. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger ist von der Haftung ausgeschlossen. Soweit Trägerkapital durch Einlagen gebildet werden soll und diese noch nicht eingebracht worden sind, ist die Haftung des Trägers hierauf beschränkt. Im Übrigen haftet der Träger der Sparkasse nicht für deren Verbindlichkeiten.

Die Stadt Gladbeck hat kein Trägerkapital bei der Sparkasse hinterlegt.

Organe und deren Zusammensetzung

Vorstand		
Steiner, Marcus	Vorsitzende*r	ab 01.01.2021
Büser, Jan	Mitglied	ab 01.01.2021

Verwaltungsrat		
Weist, Bettina	Vorsitzende*r	
Bauer, Christa	1. Stellvertretende*r Vorsitzende*r	
Rademacher, Peter	2. Stellvertretende*r Vorsitzende*r	
Ernst, Robert	Mitglied	
Gräber, Marco	Mitglied	
Jung, Olaf	Mitglied	bis 21.11.2021

Verwaltungsrat		
Lewen, Uwe	Mitglied	
Ortner, Claudia	Mitglied	
Rymann, Dieter	Mitglied	
Saslona, Bernd	Mitglied	
Steffens, Simone	Mitglied	
Willing, Bettina	Mitglied	
Zulauf, Uwe	Mitglied	
Abe, Carsten	stellvertretendes Mitglied	
Braczko, Claudia	stellvertretendes Mitglied	
Böhler, Herbert	stellvertretendes Mitglied	bis 21.11.2021
Gigla, Verena	stellvertretendes Mitglied	
Kapteina, Benedikt	stellvertretendes Mitglied	
Kontor, Marc	stellvertretendes Mitglied	

Verwaltungsrat		
Namyslo, Ulrich	stellvertretendes Mitglied	
Rullmann, Andreas	stellvertretendes Mitglied	
Sahin, Hasan	stellvertretendes Mitglied	
Wederhake, Christian	stellvertretendes Mitglied	ab 12.02.2021
Wiechers, Christoph	stellvertretendes Mitglied	
Wischnewski, Kathrin Elisabeth	stellvertretendes Mitglied	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 41,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent überschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2020 bis 2023 erstellt.

3.4.2 Mittelbare Beteiligungen der Stadt Gladbeck zum 31. Dezember 2021

3.4.2.1 ELE Verteilnetz GmbH

Basisdaten

Anschrift	ELE Verteilnetz GmbH Ebertstraße 30 45879 Gelsenkirchen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	2005
Handels-/Genossen- schaftsregister	HRB 8405 Amtsgericht Gelsenkirchen
Internet	www.evng.de

Zweck der Beteiligung

Die ELE Verteilnetz GmbH (EVNG) mit Sitz in Gelsenkirchen ist seit Gründung in 2005 mit der Planung, der Errichtung, dem Betrieb, der Wartung, dem Ausbau, dem Erwerb, der Vermarktung und der Nutzung von Netzanlagen und sonstigen Speicherungs- und Verteilungssystemen für Energie und Wärme sowie der Erbringung von beratenden Ingenieur- und Consultingleistungen im unmittelbaren Zusammenhang mit den vorgenannten Aufgaben betraut.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (Gesellschaftszweck). Hiernach ist die EVNG ein Unternehmen, welches die Strom- und Gasnetze betreibt. Durch diese Aufgaben werden Leistungen der Daseinsvorsorge erbracht. Damit wird der öffentliche Zweck erfüllt.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	308	423	-116	Eigenkapital	1.222	1.222	0
Umlaufvermögen	29.480	29.621	-142	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	25.053	20.401	4.652
				Verbindlichkeiten	6.023	12.408	-6.384
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	32.298	34.030	-1.732	Bilanzsumme	32.298	34.030	-1.732

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Bürgschaften wurden seitens der Stadt Gladbeck nicht eingegangen.

Geschäftsentwicklung

Der Verlust nach Steuern des Geschäftsjahres 2021, der aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages durch die Gesellschafterin ELE ausgeglichen wurde, ging im Vergleich zum Vorjahresfehlbetrag von -3,7 Mio. EUR auf -1,9 Mio. EUR zurück.

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr von 34,0 Mio. EUR auf 32,3 Mio. EUR gesunken. Der Rückgang ist auf der Aktivseite hauptsächlich durch die Abnahme der unfertigen Leistungen um 2,1 Mio. EUR und die gleichzeitige Abnahme des aktiven Unterschiedsbetrages aus der Vermögensverrechnung im Zusammenhang mit Altersteilzeitverpflichtungen um 1,7 Mio. EUR begründet, wodurch der stichtagsbezogene Anstieg der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 1,9 Mio. EUR überkompensiert wird. Auf der Passivseite zeigt sich neben

der Erhöhung der Pensionsrückstellungen um 0,9 Mio. EUR ein Anstieg der sonstigen Rückstellungen um 3,8 Mio. EUR, hauptsächlich aus der erstmaligen Bildung einer Rückstellung für die Verpflichtung zur künftigen Netzentgeltabsenkung aus erzielten Mehrerlösen. Dieser Anstieg wird jedoch neben dem stichtagsbezogenen Rückgang der Verbindlichkeiten um 6,4 Mio. EUR, auch durch die Abnahme der in den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen enthaltenen Finanzverbindlichkeiten gegenüber der ELE, überkompensiert, sodass sich in Summe ein Rückgang der Bilanzsumme um 1,7 Mio. EUR ergibt.

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft in Höhe von 25 TEUR ist voll eingezahlt und wird von der ELE gehalten.

Ausblick:

Für das kommende Geschäftsjahr 2022 kann aufgrund der vorliegenden Erlösobergrenzenbescheide für Strom und für Gas grundsätzlich von einer stabilen Erlöslage ausgegangen werden. Die durch die Regulierungsbehörden ermittelten hohen Effizienzwerte (Gas 93,91 %, Strom 94,36 %) und die genehmigte Kostenbasis bilden dabei die Ausgangslage für die prognostizierte Erlösentwicklung. Auch ist seitens der weiterhin anhaltenden coronabedingten Pandemie aus aktueller Sicht mit einer signifikant veränderten Erlöslage zu rechnen.

Eine Herausforderung für die Gesellschaft wird in den nächsten Jahren weiterhin das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende sein. Wesentliche Themenblöcke sind hierbei die technische Umsetzung von Übertragungstechnik und der Einbau von intelligenten Messsystemen bei den Kunden.

Die LTIF-Zielquote der Gesellschaft für 2022 beträgt unverändert $\leq 1,8$. Darüber hinaus wurde konzernübergreifend eine HSE-Strategie abgestimmt.

Aufgrund der endgültig ergangenen Erlösobergrenzenbescheide der Bundesnetzagentur im Strombereich und der Regulierungskammer NRW für den Gasbereich für die 3. Regulierungsperiode, kann die EVNG die Netznutzungserlöse planen. Die Erlösobergrenzen 2022 werden für Strom um ca. 3,9 % und für das Gas um ca. 2,9 % über dem Vorjahresniveau liegen. Im Budget für das Jahr 2022 wurden durchgeleitete Strommengen in Höhe von 1.764 GWh und durchgeleitete Gasmengen in Höhe von 2.669 GWh eingestellt.

Die Gesellschaft rechnet aufgrund der erwarteten Kosten- und Erlössituation für das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag von rund 5,1 Mio. EUR, der im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages von der ELE ausgeglichen wird.

3.4.2.2 S-UBG-Sparkassen-Unternehmensbeteiligungsgesellschaft Ruhrgebiet, Emscher-Lippe Region mbH

Basisdaten

Anschrift	S-UBG-Sparkassen-Unternehmensbeteiligungsgesellschaft Ruhrgebiet, Emscher-Lippe Region mbH Neumarkt 2 45879 Gelsenkirchen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1985
Handels-/Genossen- schaftsregister	HRB 1178 Amtsgericht Gelsenkirchen
Internet	-

Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft ist eine offene Unternehmensbeteiligungsgesellschaft gemäß dem Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (UBGG). Gegenstand des Unternehmens sind der Erwerb, das Halten, die Verwaltung und die Veräußerung von Kapitalbeteiligungen an Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft im Satzungsgebiet der Gesellschafter, insbesondere durch Zurverfügungstellung von Eigenkapital oder eigenkapitalähnlichen Mitteln.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens (Gesellschaftszweck). Hiernach ist die S-UBG ein Unternehmen, welches im Satzungsgebiet Kapitalbeteiligungen an anderen Unternehmen erwirbt, hält und veräußert. Die Investition ist die Grundlage für die Entstehung von neuen Unternehmen in der mittelständischen Wirtschaft. Durch diese Aufgaben werden Leistungen der Daseinsvorsorge erbracht. Damit wird der öffentliche Zweck erfüllt.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	2.250	2.668	-418	Eigenkapital	1.544	1.041	503
Umlaufvermögen	8.344	428	7.916	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	9	9	1
				Verbindlichkeiten	9.041	2.046	6.995
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	10.594	3.096	7.498	Bilanzsumme	10.594	3.096	7.498

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Bürgschaften wurden seitens der Stadt Gladbeck nicht eingegangen.

Geschäftsentwicklung

Die Bilanzsumme der S-UBG hat sich gegenüber dem Vorjahr um 7.498 TEUR erhöht und beträgt 10.594 TEUR (Vorjahr 3.096 TEUR). Der Anstieg resultiert aus dem Zufluss von Verkaufserlösen zweier Beteiligungen im Berichtsjahr. Aus dem laufenden Geschäft hat die Gesellschaft im Jahr 2021 einen Verlust in Höhe von 8 TEUR erzielt. Aus der Veräußerung von Beteiligungen konnte ein Gewinn in Höhe von 512 TEUR erzielt werden. Insgesamt ergibt sich ein positives Jahresergebnis von 504 TEUR.

Im Geschäftsjahr bestanden Beteiligungen an der GfW Gesellschaft für Wohnungsbau mbH, der cv cryptovision GmbH und der Studentenrabatt.com Service GmbH, alle mit Sitz in Gelsenkirchen.

Die Beteiligung an der cv cryptovision GmbH wurde mit Vertrag vom April 2021 zum 31.08.2021 veräußert. Der Veräußerungsgewinn betrug 512 TEUR. Die Beteiligung an der GfW, Gesellschaft für Wohnungsbau mbH (GfW) wurde mit Vertrag vom 10.12.2021 zum 01.01.2022 veräußert. Der Veräußerungsgewinn von 7.789 TEUR ist im Geschäftsjahr 2022 auszuweisen.

Die Beteiligung an der Studentenrabatt.com GmbH wurde im Jahr 2020 erworben. Die im Jahr 2016 gegründete Gesellschaft hat im Jahr 2020, nach Einstieg der S-UBG als Investor, ihre aktive Geschäftstätigkeit aufgenommen. Sie betreibt elektronische Plattformen für den Vertrieb von Produkten und Dienstleistungen speziell für Studierende. Für die ersten Jahre der Tätigkeit werden im Zusammenhang mit dem Aufbau und der Entwicklung des Geschäftsmodells Anlaufverluste erwartet. Diese sind voraussichtlich durch die Einlagen der Gesellschafter:innen gedeckt. Für den Fall, dass sich das Unternehmen in der Anlaufphase planmäßig entwickelt, wird bereits nach wenigen Jahren der Sprung in die Gewinnzone erwartet.

Chancen und Risiken:

Die Art der bisherigen Tätigkeit wird sich voraussichtlich nicht ändern. Für das Geschäftsjahr 2022 ist bisher kein Beteiligungserwerb geplant. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht. Risiken hinsichtlich der künftigen Entwicklung sind nicht erkennbar. Die Gesellschafter:innen sind gegenüber der Gesellschaft verpflichtet, sich wegen aller Risiken selbstschuldnerisch zu verbürgen, die aus Beteiligungen resultieren, die sie veranlasst haben, (§ 7 Abs. 8 der Satzung).

Die Prognosesicherheit hat sich allerdings durch die Corona-Krise und den vor ein paar Wochen ausgebrochenen Ukraine-Konflikt verschlechtert. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist aufgrund dieser Krisen nur schwer vorhersagbar. Welche Auswirkungen dies auf die Beteiligungsunternehmen bzw. auf die Gesellschaft hat, ist noch nicht endgültig absehbar. Auf die Beteiligungen haben diese Geschehnisse nur bedingt Einfluss.

4 Organisation der Beteiligungsverwaltung

Die Beteiligungsverwaltung ist in der Kämmerei der Stadt Gladbeck angesiedelt. Es ist beabsichtigt, die Funktion des zentralen Beteiligungsmanagements weiter auszubauen, um die Anforderungen an ein aktives Beteiligungsmanagement künftig besser umsetzen zu können.

5 Public Corporate Governance Kodex

Der Public Corporate Governance Kodex (Richtlinie zur guten Führung öffentlicher Unternehmen) wurde im November 2009 vom Vorstand des Städtetages verabschiedet und den Kommunen zur Anwendung empfohlen.

Bisher wurde der Kodex in der Stadt Gladbeck nicht eingeführt. Es besteht die Überlegung, künftig die Einführung eines Kodex bei der Stadt Gladbeck näher zu prüfen.

6 Erläuterungen zu den Kennzahlen

Laut den Vorgaben des Musters zur Erstellung des Beteiligungsberichts sind die folgenden Kennzahlen für die Beteiligungen auszuweisen:

Eigenkapitalquote

Die Quote des Eigenkapitals gibt an, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am gesamten Kapital ist. Das kennzeichnet gleichzeitig den Beitrag, den die Eigentümer selbst zur Finanzierung ihrer Unternehmung leisten.

Berechnungsformel:

$$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Eigenkapitalrentabilität

Die Kennzahl Eigenkapitalrentabilität wird auch als Unternehmerrentabilität oder Eigenkapitalrendite bezeichnet. Sie ergibt sich aus dem Verhältnis von Gewinn (Jahresüberschuss) zum Eigenkapital.

Berechnungsformel:

$$\frac{\text{Ergebnis nach Steuern} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$$

Anlagendeckungsgrad 2

Der Anlagendeckungsgrad 2 (2. Grades) gibt darüber Auskunft, inwieweit das Anlagevermögen durch langfristiges Kapital (Eigenkapital + langfristiges Fremdkapital⁴) gedeckt ist. Nach der "goldenen Bilanzregel" soll langfristiges Vermögen auch langfristig finanziert sein.

Berechnungsformel:

$$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$$

⁴ Positionen mit einer Restlaufzeit von größer einem Jahr werden als langfristig eingestuft.

Verschuldungsgrad

Der Verschuldungsgrad zeigt die Relation von Fremdkapital zu Eigenkapital an und gibt damit Auskunft über die Finanzierungsstruktur. Eine in der Praxis herausgebildete, grobe Regel besagt, dass der Verschuldungsgrad nicht höher sein soll als 2:1 (200%), also das Fremdkapital nicht mehr als das Doppelte des Eigenkapitals betragen soll.

Berechnungsformel:

$$\frac{\text{Fremdkapital}^5 \times 100}{\text{Eigenkapital}}$$

Umsatzrentabilität

Die Umsatzrentabilität, auch Umsatzrendite genannt, stellt den auf den Umsatz bezogenen Gewinnanteil dar. Diese Kennzahl lässt also erkennen, wieviel das Unternehmen in Bezug auf 1 EUR Umsatz verdient hat.

Berechnungsformel:

$$\frac{\text{Ergebnis nach Steuern} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$$

⁵ Das Fremdkapital setzt sich aus den Verbindlichkeiten, Rückstellungen und dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten zusammen.